Bericht

über die wissenschaftliche Begleitung

der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen des Modellprojektes

„Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen"

Baustein 1

IKAB e.V.
Dr. Hendrik Otten mit Dr. Uwe Engfer und Sabine Hahn MA

Bonn, Mai 2014

Gliederung

Vorbemerkung Seite 3

Auftrag und Umsetzung
der wissenschaftlichen Begleitung Seite 5

Bedeutung der Kriterien für die Länderspezifischen
Entwicklungsinitiativen im Hinblick auf Planung,
Umsetzung und Zielerreichung des Modellprojektes Seite 7

Planungs- und Steuerungsprozesse Seite 10

Die Veranstaltungen: Zukunftskonferenzen Seite 21

Auswertung der Feedback-Fragebögen
der Teilnehmenden an den Zukunftskonferenzen Seite 25

Schlussfolgerungen und Empfehlungen
aus dem Modellprojekt Seite 45

Empfehlungen für Bundesländer Seite 51

Checkliste „Übertragbare Kriterien" für Bundesländer Seite 54

Anhang Seite 56

Vorbemerkung

IKAB e.V. wurde mit der wissenschaftlichen Begleitung dieses Modellprojektes zu einem Zeitpunkt beauftragt, zu dem bereits mit einigen der beteiligten Bundesländer teilweise mehrere vorbereitende Konsultationen und Absprachen erfolgt waren. So weit darüber Informationen zugänglich waren, hat IKAB e.V. diese als Sekundärdaten zur Kenntnis genommen; diese vorausgegangenen Arbeitsschritte sind aber nicht Gegenstand dieses Berichtes[1]. Er beginnt mit der gemeinsamen Auftaktveranstaltung, die auf Einladung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 11. Dezember 2012 in Berlin stattgefunden hat und beinhaltet den Planungs- und Umsetzungsprozess der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen in den beteiligten Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin/Brandenburg, die sich für gemeinsames Vorgehen entschieden haben, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Das Ende der letzten offiziellen Aktivität, eine Zukunftskonferenz in Aurich, Niedersachsen, vom 9.-11. Dezember 2013 kennzeichnet auch das offizielle Ende des Berichtszeitraums. Gleichwohl sind in den Bericht noch jene Entwicklungen eingegangen, die der wissenschaftlichen Begleitung bis unmittelbar vor Abgabe des Berichts zugänglich waren. Neben einzelnen Rückmeldungen und Gesprächen handelt es sich dabei um zwei auswertende und weiterführende Sitzungen der für das Modellprojekt verantwortlichen Steuerungsgruppe in Niedersachsen, eine unmittelbar im Anschluss an die Veranstaltung am 11. Dezember 2013 und eine weitere am 7.1.2014. Ein weiterführendes Werkstattgespräch in Sachsen-Anhalt vom 20.1.2014 ist ebenfalls berücksichtigt.

Es gibt verschiedene begründbare mögliche Darstellungsformen von Abschlussberichten für Projekte wie das vorliegende. Wir haben uns für die nachfolgende Struktur entschieden: Sie erlaubt zum einen, in einem ersten Teil in meist Länderübergreifender Perspektive Kernprozesse des Modellprojektes zu diskutieren, ohne zu viele Länderspezifische Aspekte darzulegen, die nicht in den „Öffentlichen Raum" gehören, solange die betroffenen Länder dies nicht selbst entscheiden. Diese Darstellung erfolgt so weit wie möglich in anonymisierter Form, erlaubt aber eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den teilweise deutlich sich voneinander unterscheidenden Prozessen. In diesem Zusammenhang werden dann auch entsprechende Besonderheiten erwähnt.

[1] Der gesamte Planungs- und Vorbereitungsprozess des Modellprojektes bis zur offiziellen Kontaktaufnahme des Bundes mit den Bundesländern kann ebenfalls nicht in diesem Bericht berücksichtigt werden. Damit verbunden muss auch auf eine entsprechende Würdigung der gesamten Projektidee und Projektstrategie verzichtet werden, was möglicherweise zu unterschiedlichen Interpretationen oder anderen Erklärungen einzelner Ergebnisse in diesem Bericht führen kann.

Zum anderen können so im zweiten Teil auch Länderspezifische Prozessverläufe und Ergebnisse konkret benannt und diskutiert werden, allerdings auf der Grundlage der Auswertungen der Betroffenen, ergänzt um die Beobachtungen der wissenschaftlichen Begleitung. Da die im Projekt Handelnden den Fokus des Erkenntnisinteresses bilden, werden die Fragebogenergebnisse ausführlich wiedergegeben. Die zahlreichen zusätzlichen Kommentare erhärten vielfach die Bewertungen der wissenschaftlichen Begleitung, deshalb werden sie in dieser Auswertung in zusammengefasster Form ebenfalls wiedergegeben.

Abschließend werden Schlussfolgerungen formuliert und einige Empfehlungen ausgesprochen, die sich auf das gesamte Modellprojekt beziehen. Eine zweite Zusammenfassung von Empfehlungen erfolgt in der Perspektive, Bundesländern, die selbst eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative für mehr grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken entwickeln wollen, einige Kriterien für Planung und Realisierung an die Hand zu geben, die aus den Erfahrungen im Modellprojekt abgeleitet werden konnten.

Eine alternative Darstellungsform wäre die der auswertenden Berichterstattung jeder einzelnen Länderspezifischen Entwicklungsinitiative gewesen. Dies hätte zur Konsequenz gehabt, dass die Ergebnisse zunächst auf der jeweiligen Länderebene verblieben wären, weil zum einen interne Arbeitsabläufe, z. Bsp. in den Steuerungsgruppen, oder auch projektrelevante Aktionen von Einzelpersonen in die Berichterstattung hätten einfließen müssen. Dies entspricht aber nicht dem Anspruch dieses Modellprojektes, das unter anderem auch dem Prozess des gegenseitigen voneinander Lernens, des Informations- und Erfahrungsaustauschs und zukünftiger engerer Kooperation zwischen den Bundesländern und mit dem Bund im Themenbereich grenzüberschreitender Mobilität von jungen Menschen zu Lernzwecken und im Kontext der weiteren Umsetzung der EU- Jugendstrategie und der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik dienen soll. Außerdem werden alle beteiligten Bundesländer eine eigene Dokumentation zu ihrer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative haben, in der sie selbst entscheiden, welche Aspekte und Ergebnisse sie in welcher Form in den politischen und Trägerraum kommunizieren.

An dieser Stelle bedanken wir uns für die sehr gute und offene Zusammenarbeit mit den in den einzelnen Bundesländern für die Länderspezifischen Entwicklungs-initiativen jeweils Verantwortlichen. Sie haben uns jederzeit Zugang zu allen gewünschten Informationen ermöglicht und in offiziellen Interviews wie in informellen Gesprächen wesentlich dazu beigetragen, dass Länderspezifische Positionen, Zielsetzungen und Realisierungsschritte adäquat eingeordnet werden konnten.

Die zu Beginn der wissenschaftlichen Begleitung vereinbarten Grundlagen für die Durchführung - Transparenz und kommunikative Verständigung über die jeweiligen Prozesse - haben sich bewährt.

Für die konstruktive Zusammenarbeit mit dem durch das BMFSFJ beauftragten Projektträger JUGEND für Europa / IJAB bedanken wir uns ebenfalls, vor allem dafür, dass es stets ausreichend Gelegenheit gab, unterschiedliche Wahrnehmungen und Interpretationen im Fortgang des Modellprojektes miteinander zu besprechen, zu klären oder auch als weiterhin unterschiedliche bestehen zu lassen. In diesen Dank beziehen wir das zuständige Referat „Europäische und internationale Jugendpolitik" im BMFSFJ ausdrücklich ein, das dieses Modellprojekt initiiert und begleitet hat. Und nicht zuletzt unseren Dank an die Teilnehmenden der verschiedenen Steuerungs- und Planungsgruppen sowie die Teilnehmenden an den Veranstaltungen für bereitwilliges Ausfüllen der Fragebogen.

Auftrag und Umsetzung

Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte als prozessbegleitende Dokumentation der Planung, Umsetzung und Zielerreichung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen in den beteiligten Bundesländern. Sie sollte Erkenntnisse darüber liefern, wie grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken gefördert und ausgeweitet werden kann, in dem der jeweilige Prozess der Entstehung, die konkreten Vorgehensweisen und die Ergebnisse / Effekte dieser Entwicklungsinitiativen analysiert und bewertet werden. In diesem Zusammenhang wurden als besonderes Interesse der Auftraggeber genannt:
Einschätzungen der Wirkungen des Modellprojektes im Hinblick auf die angestrebte jugendpolitische Verankerung der jeweiligen Ergebnisse der Entwicklungsinitiativen und Einschätzungen im Hinblick auf eine mögliche Übertragbarkeit des Modellansatzes auf andere Bundesländer.

Der geforderten Fokussierung auf den jeweiligen Entstehungs- und Umsetzungsprozess der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen entsprechend lag der forschungsmethodische Schwerpunkt auf Teilnehmender Beobachtung (ohne eigene Interaktionsbeteiligung[2]) von Planungs- und Steuerungsgruppensitzungen sowie der vier Großgruppenveranstaltungen[3].

[2] Gespräche mit Teilnehmenden und Verantwortlichen haben natürlich stattgefunden, denn Transparenz und kommunikative Verständigung zwischen wissenschaftlicher Begleitung und den Agierenden wurden bereits in der Auftaktveranstaltung als Prinzipien für die Durchführung benannt. Solche Gespräche haben nicht auf unsere Initiative hin stattgefunden und stets in der Perspektive, möglichst keinen Einfluss auf den jeweiligen Prozess zu nehmen. Anders stellt sich dies dar für die im Forschungsdesign vorgesehenen Interviews mit Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene, in denen z.B. Fragen nach Einschätzungen der wissenschaftlichen Begleitung oder Bitte um einen Rat im

Alle beobachteten Sitzungen wurden protokollarisch dokumentiert, teilweise auch durch das „Vier-Augen-Vier-Ohren-Prinzip"; zwei Veranstaltungen / Zukunftskonferenzen wurden durch jeweils zwei Teammitglieder der wissenschaftlichen Begleitung beobachtet, zwei weitere durch drei Mitglieder.

Zur Ergänzung der durch die Teilnehmende Beobachtung zu gewinnenden qualitativen Daten wurden zwei Fragebogen eingesetzt. Ein Fragebogen richtete sich an die Mitglieder der jeweiligen Planungs-/Vorbereitungsgruppen zum Ende ihrer Arbeit und mit zeitlichem Abstand vor der Veranstaltung zur individuellen Selbsteinschätzung ihrer bis hierhin geleisteten Arbeit; ein weiterer Bogen wurde allen Teilnehmenden in den Veranstaltungen vor Beginn der offiziellen Abschluss-runde übergeben und sofort beantwortet, ehe das offizielle Programm fortgeführt wurde. Während die Teilnehmenden in den Veranstaltungen bis auf wenige Ausnahmen den Fragebogen ausgefüllt haben[4], konnte der Fragebogen für die Mitglieder der Vorbereitungsgruppen nicht in allen Fällen wie geplant eingesetzt werden[5].

In allen beteiligten Bundesländern wurden mit den auf der politischen Ebene für das Modellprojekt Verantwortlichen sowie den beauftragten Projektträgern teilstandardisierte Interviews geführt[6]. Einige erfolgten mit Bandaufzeichnung, andere erfolgten mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den Charakter eines

---

Hinblick auf bestimmtes Vorgehen oder eine aktuelle Projektphase entsprechend beantwortet wurden. Dieses Vorgehen war mit dem BMFSFJ abgesprochen mit der Auflage, darüber zu informieren, wenn solche Gespräche zu Projekt relevanten Veränderungen führen sollten.

[3] Die Ausschreibungs- und Modellprojektunterlagen sprechen von Zukunftskonferenz in einem bestimmten Verständnis (Weisbord/Janoff). Wir benutzen hier den Begriff Großgruppenveranstaltung, weil sich die Veranstaltungsformate entgegen der ursprünglichen Intention des Auftraggebers im Verlauf der Prozesse teilweise von dieser Vorgabe entfernt haben. Gleichwohl haben alle Veranstaltungen in den Einladungstexten den Begriff Zukunftskonferenz benutzt.

[4] Siehe Ergebnisse Seite 25ff

[5] Wechselnde Gruppenzusammensetzung und fehlende Zeit wegen fehlender Planung für den Einsatz sind die wesentlichen Gründe. In diesen Fällen gingen Fragebogen auf schriftlichem Weg oder per Mail später ein, sodass insgesamt ausreichend Informationen aus diesen Gremien vorliegen.

[6] Es ging in diesen Interviews um die jeweiligen spezifischen Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten des betreffenden Bundeslandes: Motivation, (jugend)politische Absicherung, Sektor übergreifende Implementierung, spezifische landespolitische Interessen, erwartete Ergebnisse und Effekte im Kontext der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und der Umsetzung der EU-Jugendstrategie sowie um eine Bewertung der bis zum Zeitpunkt des Interviews erfolgten Umsetzung des Modellprojektes. Allen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern wurden die Leitfragen vorher zur Kenntnis gebracht.

Hintergrund- oder informellen Gesprächs und eine dritte Version waren zu den mündlichen Äußerungen nachträglich frei gegebene schriftliche Antworten, die die jeweiligen Hierarchieebenen durchlaufen haben.

Teilnehmende Beobachtung und der vorliegende Bericht sind gemäß der für das Modellprojekt vorgegebenen Kriterien / Standards strukturiert.

Diese wurden bei der bereits erwähnten Auftaktveranstaltung im BMFSFJ in Berlin als der für alle Beteiligten gültige Orientierungsrahmen vorgestellt. Im Verlauf der Durchführung des Modellprojektes hat es auf der Ebene der beteiligten Bundesländer in Bezug auf diesen Orientierungsrahmen unterschiedliche Reaktionen und Bewertungen gegeben, auf die wir im nachfolgenden Teil eingehen werden.

Insgesamt wurden 26 vorbereitende bzw. planende Sitzungen und 3 weitere auswertende in den Bundesländern sowie die vier Großgruppenveranstaltungen in die Teilnehmende Beobachtung einbezogen[7]. Der jeweilige Vorbereitungsbedarf variierte zwischen den Bundesländern von 4 bis 9 Sitzungen, wobei die Art der Moderation dieser Sitzungen in Bezug auf den Zeitfaktor auch eine Rolle gespielt hat. In einem Modellprojekt gab es nur eine interne Moderation (kürzester Vorlauf bis zur Veranstaltung), in einem nur eine externe, in den beiden übrigen erfolgte nach einer anfänglichen internen Moderation ein Wechsel zu einer externen Moderation – einmal relativ schnell, einmal erst nach längerer interner Moderation. Hier gab es auch die meisten Sitzungen bis zur Veranstaltung.

Bedeutung der Kriterien[8] für die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen im Hinblick auf Planung, Umsetzung und Zielerreichung des Modellprojektes

Die spezifische Anlage dieses Modellprojektes – auf Bundesebene initiiert, in der Bund-Länder AG diskutiert und auf Länderebene eigenverantwortlich realisiert – erfordert besondere Aufmerksamkeit in Bezug auf Rahmenbedingungen, die

[7] Damit war der tatsächliche personelle und finanzielle Aufwand weitaus größer als sowohl in der Ausschreibung wie im Angebot angenommen. Durch die zentrale Bedeutung der Vorbereitungsgruppen – dies wurde bereits zu Beginn der wissenschaftlichen Begleitung deutlich – im Hinblick auf die Qualität der Entwicklung und Umsetzung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen konnte aber nicht anders verfahren werden.

[8] Siehe Anhang Nr.1: Modellprojekt – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen. Kriterien für die länderspezifischen Entwicklungsinitiativen. Version der Vorlage zur Auftaktveranstaltung in Berlin am 11.12.2012. Zur Genesis der Kriterien liegen der wissenschaftlichen Begleitung sehr unterschiedliche und unvollkommene Informationen vor, die zur Entscheidung geführt haben, sie nicht weiter zu kommentieren. Die Entstehung ist de facto auch weit weniger für die Umsetzung des Modellprojektes relevant als ihre praktische Anwendung.

einerseits diese Eigenverantwortung berücksichtigen, zum anderen aber auch gewährleisten sollten, dass die Kernziele des Modellprojektes qualitativ vergleichbar erreicht werden können. Die vorgegebenen Kriterien sollten dies sichern, in dem sie zu folgenden Aspekten Standards formulieren:

- Zum zeitlichen Rahmen
- Zur politischen Absicherung der Beteiligung
- Zur Berücksichtigung neben der Länderebene auch der kommunalen und Bundesebene
- Zu einem Sektor übergreifenden Ansatz der Initiative
- Zu einem Subjektorientierten Ansatz im Kontext der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik, zu der die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen auch beitragen sollen
- Zu Steuerungsprozessen und Steuerungsmechanismen.
- Zu Ist-Stand (bestehende Angebote grenzüberschreitender Mobilität) und länderspezifischen Interessen und Zielsetzungen
- Zum Umsetzungsformat (Veranstaltungsform am Ende des Prozesses)
- Zu Prozessbegleitung, Kommunikation und Kooperation.

Alle Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen haben sich im Verlauf der Entwicklung mit diesen Standards befasst, allerdings unterschiedlich systematisch, unterschiedlich detailliert und nicht alle umfassend. Teilweise gab es in einzelnen Bundesländern auch expliziten Widerstand gegen einzelne Kriterien, weil diese Länder in ihrer eigenen Wahrnehmung Bedürfnisse und Interessen hatten, die sie anders besser realisiert sahen. Die Projektleitung hat im Verlauf des Modellprojektes eine flexiblere Haltung bezüglich der Einhaltung der Kriterien eingenommen, was aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung eine richtige Entscheidung war: Sowohl die Kommunikation mit den Bundesländern als auch das Erreichen wesentlicher Kernziele wurden dadurch befördert. Als Quintessenz der diversifizierten Anwendung der Kriterien ergibt sich aber auch die weitgehende Aufgabe der vom Auftraggeber ursprünglich gewünschten Vergleichbarkeit der Prozessverläufe, Umsetzungs-strategien und Umsetzungsformate. In einem gesonderten Kapitel werden deshalb die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen auf der Grundlage der Auswertungen der Teilnehmenden jeweils kurz skizziert und gewürdigt. Im Folgenden zunächst Anmerkungen zu den aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung zentralen Kriterien im Hinblick auf ihre Berücksichtigung in Vorbereitung und Durchführung des Projektes.

In Bezug auf das Kriterium **politische Absicherung** der Beteiligung am Modellprojekt gab es die entsprechende Zustimmung bzw. zustimmende Kenntnisnahme der jeweils zuständigen Leitungsebene, teilweise auch zusätzlich der politischen Spitze des verantwortlichen Ministeriums / der verantwortlichen Verwaltung. Es wird sich zeigen, ob mit dieser Absicherung ein politischer Wille

verbunden ist, der so nachhaltig ist, dass Ergebnisse der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen auch Eingang in eine veränderte / erweiterte Praxis von Jugendarbeit und Jugendhilfe vor Ort finden können. Nach den uns bisher vorliegenden Informationen gibt es einige Anzeichen für einen gewissen Optimismus hinsichtlich der Weiterverfolgung der Ergebnisse, denn alle beteiligten Bundesländer arbeiten gerade an einer Konkretisierung der nächsten Handlungsschritte.

Um es dennoch deutlich zu formulieren: Dieser Aspekt der politischen Absicherung ist kein rein formaler, wie teilweise wohl zunächst interpretiert worden ist, sondern hat in der Rückschau der wissenschaftlichen Begleitung weitreichende Implikationen. Politische Absicherung im Sinn von Zustimmung der entsprechenden Hierarchieebene zur Beteiligung am Modellprojekt hatte im Projektverlauf offensichtlich wenig direkten Einfluss auf die unmittelbare Förderung der durch das Modellprojekt angestrebten jugendpolitischen Verankerung. Gründe dafür und Fragen dazu werden im Abschnitt zu Zielformulierung und Zielerreichung diskutiert.

Der **Einbezug der kommunalen Ebene** in den Prozess der Entwicklung der jeweiligen Länderinitiative war nach Informationen der Projektleitung ein ausdrückliches Anliegen aller beteiligten Bundesländer und auch der Bundesebene selbst und häufiger Diskussionspunkt in den Länderspezifischen Vorbereitungsprozessen zum Modellprojekt. Auch die Verbindung mit „JIVE – Jugendarbeit International / Vielfalt Erleben" oder auch „Kommune goes international" wurde in diesen vorbereitenden Phasen zunächst angestrebt. Im Verlauf des Modellprojektes konnten diese Intentionen aber nicht wie ursprünglich intendiert realisiert werden. Neben möglichen spezifischen Gründen auf Länderebene dafür liegt ein weiterer gemeinsamer sicher darin, dass die Planungs- und Steuerungsgruppen, deren Mitglieder sich alle freiwillig und mit großem Engagement eingebracht haben, mit der Erarbeitung der eigentlichen länderspezifischen Strategie und vor allem der Planung „ihrer Zukunftskonferenz" unter Beteiligung möglichst vieler unterschiedlicher Akteure mehr als ausgelastet waren. In allen bisherigen das Modellprojekt weiterführenden Follow-Up Planungen ist dieser Aspekt der notwendigen stärkeren Einbeziehung der Kommunen in der Zukunft aber ausdrücklich einbezogen.

Sektor übergreifend das Modellprojekt auf der Länderebene zu implementieren, ist eine wesentliche Kennzeichnung des innovativen Charakters des Modells und korrespondiert mit der in der deutschen Trägerlandschaft (Jugendarbeit und Jugendhilfe) seit vielen Jahren immer wieder formulierten Forderung nach einer Ausrichtung von Jugendpolitik als Querschnittpolitik.
Alle beteiligten Bundesländer haben dieses Anliegen eines Sektor übergreifenden Ansatzes sehr ernst genommen und sich intensiv um eine entsprechende

Zusammensetzung der verantwortlichen Planungs- und Steuerungsgruppen bemüht. Sie waren überwiegend erfolgreich im Hinblick auf die Beteiligung einer großen Trägervielfalt, im Hinblick auf die Beteiligung von Bildungsakteuren aus dem nicht-formalen und formalen Bildungssektor, teilweise auch von Fachorganisationen aus Handwerk und Wirtschaft, – in dieser Breite sicher ein Novum – sowie hinsichtlich der Einbindung verschiedener Verwaltungsebenen. Unterschiedlich erfolgreich waren die Bemühungen im Hinblick auf die Einbindung möglichst vieler verschiedener Politikbereiche. Deshalb kann von einer interministeriellen Zusammenarbeit, einer Ressort übergreifend abgestimmten Strategie für die Entwicklung einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative nur vereinzelt und ansatzweise gesprochen werden. Das, was in den meisten Fällen an politischer Absicherung zum Projektstart vorlag, war dazu nicht ausreichend.

Dennoch sehen alle beteiligten Bundesländer neue Möglichkeiten für Impulse und Perspektiven im Zusammenhang der weiteren Arbeit mit den Ergebnissen der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen im jeweiligen landespolitischen Raum.

Die **Planungs- und Steuerungsprozesse**, das heißt die beteiligten Menschen und die Strukturen, die sie repräsentieren sowie die jeweilige **Organisationsform**, die sie sich für die Erfüllung ihrer Aufgaben gegeben haben, sind ein Herzstück des Modellprojektes in Bezug auf die gewünschte zukünftige jugendpolitische Verankerung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität. Laut der Kriterien sollten die Steuerungsgremien deshalb die Verantwortung für die Planung und Ausgestaltung der Länderspezifischen Entwicklungsprozesse einschließlich Zielformulierung, Festlegung der Zielgruppen und Wählen einer passenden Methode haben. Außerdem oblag ihnen die Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass die Ergebnisse verbindlich sind.

Vor diesem Hintergrund waren für die wissenschaftliche Begleitung Informationen zu folgenden Fragen von besonderem Interesse: Sind die Mitglieder der Planungs- und Steuerungsgruppen vor diesem Hintergrund ausgesucht und eingeladen worden? Sind tatsächlich diejenigen zusammen gekommen, die direkt oder indirekt Einfluss auf eine solche zukünftige jugendpolitische Verankerung nehmen können? Haben die jeweiligen Gruppen einen klaren Auftrag / ein Mandat gehabt und diesem entsprechend gehandelt? Wie autonom haben sie im Kontext der Aufgabenbeschreibung in den Kriterien gehandelt? Weiterhin sind in die Reflexion über die Arbeit der Steuerungs- und Planungsgruppen auch einzubeziehen die Rolle der jeweiligen landespolitisch verantwortlichen Personen, der Projektleitung, des Zeitfaktors und des vor Beginn der Arbeit der Steuerungsgremien festgelegten Veranstaltungsformates „Zukunftskonferenz" mit den entsprechenden Implikationen hinsichtlich der Moderation.

Dass die Bundesebene durch den bei der Auftaktveranstaltung vorgestellten gesamten Orientierungsrahmen ebenfalls auf die nachfolgenden Prozesse in den Ländern eingewirkt hat, muss ebenfalls mit bedacht werden.

Erkenntnisse zu diesen Fragen wurden systematisch aus den Protokollen über die Sitzungen sowie aus den Antworten in einem Fragebogen für die Mitglieder der Steuerungsgremien gewonnen[9].

Wenn auch nur in zwei von den vier Initiativen wegen struktureller und zeitlicher Probleme angewendet, gab es zusätzliche schriftliche Kommentare zu sechs Leifragen, die sich auf die geleistete Arbeit der Gremien beziehen[10].

In Bezug auf die Analyse und Bewertungen ist, wie zu erwarten, kein einheitliches Bild zu erstellen. Allerdings wird nur der Steuerungsprozess einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative durch die Mitglieder der Gremien ganz überwiegend und durchgängig in allen Fragen einer eher negativen Bilanz unterzogen. Damit unterscheidet sie sich deutlich von den anderen drei Initiativen, zu denen zwar teilweise auch einige kritische, aber deutlich überwiegend positive Kommentare vorliegen. Die negative Bilanz bezieht sich nicht auf die personelle Zusammensetzung des Gremiums, diese wurde ganz überwiegend als dem Projekt angemessen bewertet, sondern vielmehr auf einen als diffus wahrgenommenen Auftrag (was soll eine Projekt-AG machen, was eine Steuerungsgruppe), im Hinblick auf zu viel Fluktuation / Vertretungen in den Sitzungen und die daraus resultierende Redundanz in den Diskussionen.

Auch die als sehr begrenzt und reguliert wahrgenommenen Möglichkeiten, als Steuerungsgruppe konkret länderspezifisch - wie in den Kriterien beschrieben - vorzugehen, ist ebenfalls zentral in dieser Kritik: „Der Prozess der Vorbereitung sollte ja eigentlich das Ziel, die Zielgruppe und dann die Umsetzung klären. Es war von vornherein etwas schwierig, einen Prozess zu gestalten, wenn die Umsetzung quasi vorgegeben war"[11].

Die ganz offensichtlich für viele Mitglieder dieses Steuerungsgremiums[12] während des gesamten Vorbereitungsprozesses unklare Rollenverteilung zwischen Bund, formaler Projektleitung und externer Moderation wird durchgängig auch als Grund für andere

[9] Siehe Anhang Nr.2

[10] Siehe Anhang Nr.3

[11] Zitiert aus einem Kommentar zu den Leitfragen (siehe Anmerkung 9)

[12] Unsicherheiten und Unklarheiten gab es auch in einigen Sitzungen anderer Gremien in anderen Bundesländern, allerdings nicht in diesem Ausmaß.

konstatierte Defizite genannt. Die externe Moderation wird auf die Frage im Fragebogen, wie diese das Entstehen der Arbeitsergebnisse befördert habe, einmal mit „Meist gut" bewertet – die übrigen Antworten lauten „Weniger gut" und „Gar nicht"[13].

Es handelt sich bei den Begründungen in der Regel nicht um das grundsätzliche Absprechen von Kompetenzen und Professionalität der Moderierenden, sondern um das Fehlen der Kompetenzen für diesen konkreten inhaltlich-politischen Kontext und dieses konkrete Aktionsfeld. Die Sitzungsprotokolle der wissenschaftlichen Begleitung widersprechen in der Tendenz dieser Bewertung nicht.

Aber unabhängig davon, ob einer Person ein Moderationsstil gefällt oder nicht: Das Veranstaltungsformat Zukunftskonferenz[14] wird von der großen Mehrheit der Mitglieder dieser Steuerungsgruppe als wesentlicher Hinderungsgrund dafür gesehen, dass weder ein Sektor übergreifender Ansatz realisiert noch landespolitisch wichtige Akteure in die Veranstaltung eingebunden werden konnten – sicher eine Zuspitzung, die andere benannte Aspekte aus den Diskussionen dabei vernachlässigt. Im gesamten Vorbereitungsprozess dieser Länderinitiative stand immer wieder die Frage im Vordergrund: „Was können wir mit diesem Format der Zukunftskonferenz im Hinblick auf unsere Themen und vorgesehenen Zielgruppen machen?"

Ein Ergebnis war unter anderem, dass die Politik außen vor blieb, weil nach Einschätzung der Steuerungsgruppe niemand aus der Politik sich über diesen Zeitraum (3 Tage mit zwei Übernachtungen in diesem Format) beteiligen würde. Eine Modifikation des Formates kam nicht in Frage[15], was auch die Einschätzungen (im Fragebogen für die Mitglieder der Steuerungsgruppe) bezüglich möglicher Jugendpolitischer Impulse aus dem Modellprojekt für die kommenden vier Jahre eher skeptisch hat ausfallen lassen.

Unabhängig von der Frage, warum trotz der Bedenken und Widerstände diese Länderinitiative dennoch so durchgeführt worden ist, die Empfehlung, bei zukünftigen ähnlichen Initiativen darauf zu verzichten, solche Vorgaben zu machen,

[13] Siehe Anhang Nr. 2

[14] Verschiedene Texte zum Konzept und der Methode Zukunftskonferenz wurden den Mitgliedern der Steuerungsgremien zur Verfügung gestellt. Teilweise wurde die Methode vorher auch mündlich erläutert. Als Anhang Nr.4 eine kurze Übersicht, die allen Steuerungsgruppen vorlag.

[15] Dies ist die einzige Initiative, in der Moderationsprozess und Zukunftskonferenz in „Reinform" stattgefunden haben über drei Tage mit zwei Übernachtungen. Eine weitere Initiative hatte eine Zukunftskonferenz, die zwar sehr nah am Original ausgerichtet war, deren Vorbereitungsprozess in Bezug auf die externe Moderation aber in der Planungs-/Steuerungsgruppe geforderte Adaptionen berücksichtigt hat.

von denen zu erwarten ist, dass sie möglicherweise von vornherein Denken und Ideen-Entwickeln in bestimmte Richtungen lenken könnten. Die wissenschaftliche Begleitung hatte die Projektleitung und das BMFSFJ auf diese Problematik sehr früh im Modellprojekt hingewiesen und in der weiteren Umsetzung mit den anderen Bundesländern sind auch Konsequenzen gezogen worden mit positiven Effekten, wie die Einschätzungen der Mitglieder der Steuerungs- und Planungsgruppen in den anderen beteiligten Länderinitiativen zeigen.

Als Folge der größeren Flexibilität und zunehmender eigener landespolitischer Positionierung entstanden folgende Veranstaltungsformate als Ergebnis der jeweiligen Planungsprozesse:

- Eine zweitägige Veranstaltung ohne Übernachtung mit wechselnden Teilnehmenden an den beiden Tagen und ohne jeden Bezug zum zitierten Konzept Zukunftskonferenz (Akteure aus dem Feld Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schule am ersten Tag, vor allem Jugendliche / Schülerinnen und Schüler am zweiten Tag)

- Eine zweitägige Zukunftskonferenz mit einer Übernachtung und zum Teil deutlich unterschiedlichem methodischen Vorgehen

- Eine dreitägige Zukunftskonferenz mit zwei Übernachtungen und mit gegenüber der Originalversion nur geringfügigen Modifikationen, die sich vor allem auf eine unterschiedliche zeitliche Gewichtung einzelner Arbeitsschritte bezogen.

In Bezug auf die Frage aus dem Fragebogen für die Mitwirkenden in den Planungs- und Steuerungsgremien: „Wie hat die externe Moderation das Entstehen der Arbeitsergebnisse befördert?" gibt es im Gegensatz zum ersten genannten Steuerungsprozess bei den nachfolgenden drei Initiativen keine Einschätzung schlechter als „meist gut". Auf Grund der kleinen Zahl (+- 10 je Gremium) verzichten wir auf eine Darstellung der Verteilung der Antworten zwischen den beiden positiven Antwortkategorien „sehr gut" und „meist gut". Dennoch den Hinweis, dass die weitaus meisten „sehr gut" Antworten für die Bewertung der externen Moderation - teilweise auch zusätzlich inhaltlich erläutert - auf diejenige Initiative entfallen sind, die beschlossen hatte, die Zukunftskonferenz als zweitägige Veranstaltung mit deutlichen methodischen Modifikationen durchzuführen. Bei der Darstellung der Ergebnisse aus der Fragebogenerhebung bei allen Teilnehmenden der Veranstaltungen / Zukunftskonferenzen kommen wir im Detail darauf zurück. Es gilt aber im Grundsatz auch hier bereits für die Steuerungs- und Planungsprozesse: Je mehr eine Steuerungs- oder Planungsgruppe den Vorbereitungsprozess eigenen Interessen und Bedürfnissen entsprechend gestaltet hat (das schließt Modifikationen

des ursprünglichen Veranstaltungsformates ein), desto höher sind die positiven Zustimmungswerte in den Antworten aus den Fragebogen.

Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Frage danach, ob die Mitglieder der Gremien ihre Vorstellungen einbringen konnten oder nicht oder die Teilnehmenden an den Veranstaltungen ihre Anliegen und Interessen einbringen konnten oder eher nicht.

Dennoch sind auch in den positiven Bilanzen wichtige Anmerkungen zu einer externen Moderation gemacht worden, die zukünftig bei ähnlichen Vorhaben mit bedacht werden sollen, weil sie wesentlich für die Prozessqualität sind. Zusammengefasst waren aus Sicht der Betroffenen die sensibelsten Aspekte:

- Die externen Moderatoren und Moderatorinnen waren keine Experten zu den Themen. Damit gab es teilweise schleppende Diskussionen, viele Missverständnisse und zusätzlichen Zeitbedarf, um den Moderierenden die Anliegen der Steuerungsgremien verständlich zu machen
- Durch strenges Anwenden der Regeln gab es wenig Raum für Innovation
- Strenges Anwenden der Regeln erschwerte den Prozess der Gewinnung möglicher erwünschter Zielgruppen, deren Arbeitsbedingungen anderen Rhythmen folgen.

Die Auswertung der wissenschaftlichen Begleitung kommt unter Berücksichtigung aller eigenen Beobachtungen und der von den Betroffenen gelieferten quantitativen und qualitativen Daten zu dem Schluss, dass für ein Modellprojekt wie dieses, in dem es u.a. auch wesentlich um Politikentwicklung und Politiksteuerung geht, die Anwendung der Methode der ZukunftsSuche in der „Reinform" (nach Weisbord) nicht unbedingt die am besten geeignete ist. Das Themenfeld selbst, der politische Ordnungsrahmen und auch die Agierenden sind eben kein in sich geschlossenes System, das es erlauben würde, alle Betroffenen und Entscheidungsträger gleichermaßen und gleichberechtigt einzubeziehen – das haben alle Zukunftskonferenzen gezeigt, unabhängig von vielen guten Ergebnissen im Sinn von Ideen und Absichten.

Ein Kernanliegen des Modellprojektes, nämlich eine Sektor übergreifende Zusammenarbeit in einem bisher wenig regulierten und Sektoren zugeordneten Politikbereich: Jugendarbeit – Jugendhilfe - Jugendpolitik zu entwickeln, braucht Zeit und vor allem Freiräume, in denen eine andere Diskursform sich entwickeln kann, die sich von der im eigenen Sektor gewohnten lösen kann. Dazu müssen auch soziale Beziehungen unter den Diskursteilnehmenden entstehen, auch Vertrauen gehört dazu. Dies alles lässt sich nicht durch einen inhaltlich losgelösten methodisch ausdifferenzierten engen Zeittakt erreichen.

Dass im Konzept Zukunftskonferenz viele gute Ideen und Möglichkeiten für neue und breite Beteiligungs- und Vernetzungsverfahren enthalten sind, ist unbestritten und hat sich im Modellprojekt gezeigt. Diese zu nutzen, ohne dabei die Anliegen der jeweiligen Länderspezifischen Entwicklungsinitiative zu beschneiden oder deren Erreichen u.U. zu behindern oder zumindest nicht zu erleichtern, war auch hier die Kunst und ist in unterschiedlichem Maß gelungen. Abschließend wird bei der Zusammenstellung der Auswertungen der Teilnehmenden der Zukunftskonferenzen hierauf nochmals eingegangen.

Die meisten genannten **Gründe für die Mitarbeit in den Steuerungsgruppen**, die im Fragebogen für die Mitarbeitenden in diesen Gremien erbeten wurden, sind in allen vier Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen ähnliche:

- Das Thema grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken wird als ein sehr wichtiges in Deutschland und Europa gesehen – meist in einer politischen und persönlichen Bewertung
- Durch die Mitarbeit wird die Möglichkeit zur konkreten Einflussnahme auf eine Verbesserung von Rahmenbedingungen, für die Schaffung von mehr Teilhabemöglichkeiten und mehr Bildungsgerechtigkeit gesehen – vor allem auch zugunsten jener, die in der Regel nicht in den Genuss solcher Lernerfahrungen kommen
- Die Gremien bieten die Chance, zur Stärkung der europäischen und internationalen Jugendarbeit beizutragen, auch zur Verbreitung ihres Potenzials und den Prozess voranzutreiben, dass europäische und internationale Jugendarbeit integraler Bestandteil von jeglicher Jugendarbeit und Jugendhilfe werden – die neuen Kooperationen zwischen formaler und non-formaler Bildung werden dabei als besonders wichtig und interessant angesehen
- Intensivieren von Netzwerken und Einbringen eigener Erfahrungen und vorhandenen Fachwissens sind ebenfalls häufig ausschlaggebender Grund
- Das Handlungsfeld „grenzüberschreitendes Lernen" ist Bestandteil des eigenen Arbeitsgebietes, deshalb wurden diese Personen zur Mitarbeit entweder offiziell eingeladen oder delegiert oder haben sich selbst angeboten.

Gründe für die Mitarbeit in den Gremien wie: „Hoffnung auf neue Geldquellen" oder „eigene Organisation bekannt machen", werden selten genannt. Mehrere Bezüge zur aktuellen jugendpolitischen Situation im eigenen Land oder den Hinweis, das Modellprojekt zur weiteren Entwicklung bestehender Ansätze nutzen zu wollen, gibt es nur in einem beteiligten Bundesland, in dem sowohl ein Sektor übergreifender

Ansatz (jedenfalls mehr als in anderen Bundesländern) als auch die Erarbeitung einer gemeinsamen jugendpolitischen Strategie weiter entwickelt sind.

Trotz vergleichbar überwiegend intrinsischer Motivationen der Mitglieder in den Planungs- und Steuerungsgremien gibt es in Bezug auf die Frage: „Wie gut hat die Gruppe Ihrer Meinung nach die Zukunftskonferenz vorbereitet" ein ähnliches Ergebnis wie bei der vorangegangenen zur Moderation. Wieder im Gegensatz zur genannten ersten Initiative (hier auch mehrfach die Nennung „weniger gut" gibt es bei den nachfolgenden drei Initiativen keine Einschätzung schlechter als „eher gut".

Ein besonders gutes und kooperatives Klima herrschte in der Gruppe, die jene Zukunftskonferenz vorbereitet hat, die sich zwar sehr eng am ursprünglichen Konzept orientierte, jedoch versucht hatte, den Vorbereitungsprozess nach ihren Regeln zu steuern und die Einladung zur Mitarbeit im Steuerungsgremium sehr breit im Land kommuniziert hatte. Hier gab es nur eine Nennung „eher gut", sonst nur „sehr gut" für die Bewertung der Vorbereitung der Zukunftskonferenz. In den übrigen beiden Initiativen wird die Vorbereitung deutlich überwiegend mit „eher gut" bewertet.

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung ist die von den Mitwirkenden selbst durchgeführte Analyse der jeweiligen Planungs- und Steuerungsprozesse den Prozessverläufen entsprechend differenziert und begründet[16].

Für die Bewertung der Planungs- und Steuerungsprozesse sind neben den je spezifischen „internen" Variablen auch einige von außen intervenierende einzubeziehen, wobei letztere für die wissenschaftliche Begleitung weniger systematisch zu beobachten waren.

Die **Projektleitung** ist sicher diejenige „Stakeholder Gruppe", die die größten Einflussmöglichkeiten hatte und dies unabhängig davon, ob Einfluss intendiert genommen wurde oder „nur" wegen des erteilten Mandates vorhanden war. Das BMFSFJ als Initiatorin des Modellprojektes hatte JUGEND für Europa, die für das EU Programm JUGEND IN AKTION[17] zuständige Nationalagentur gemeinsam mit IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit mit der Projektleitung beauftragt.

[16] In den Beobachtungsprotokollen zu den einzelnen Sitzungen finden sich keine grundsätzlich widersprüchlichen Einschätzungen zu den zentralen Aspekten, die im Fragebogen und in den Leitfragen angesprochen und beantwortet worden sind, wohl aber zum Teil kritischere Einordnungen und Folgerungen, die dem „Blick von außen" als nicht unmittelbar Involvierte geschuldet sind.

[17] So hieß das Programm zum Zeitpunkt des Beginns des Modellprojektes. Seit 1.1.2014 heißt das Programm ERASMUS +, die Nationalagentur behält darin die Zuständigkeit für das eigene Kapitel JUGEND.

Außerdem gab es auf der Ebene der beteiligten Bundesländer eine jeweils landespolitisch bestimmte Leitung für die Vorbereitung und Umsetzung. Deren Einschätzungen zum Modellprojekt werden im nächsten Abschnitt referiert.

Den Rahmen, in dem die Projektleitung vor allem ihren Auftrag ausübte, bilden die Kriterien / Standards – ihre Beachtung und Umsetzung im Prozess der Entwicklung und Realisierung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen war beobachtbar prioritäres Ziel. Auch wenn die wissenschaftliche Begleitung nicht systematisch und nur punktuell an Abstimmungsprozessen zwischen Bund, Ländern und Projektleitung beteiligt war, ist davon auszugehen, dass in der Regel Abstimmungen über projektrelevante Interventionen stattgefunden haben.

Ohne diese zu bewerten die Feststellung, dass sowohl Umfang und Intensität solcher Interventionen wie auch physische Präsenz der Projektleitung und des Bundesministeriums in den einzelnen Vorbereitungsprozessen unterschiedlich waren. Die Auswertungen der Steuerungsgruppen durch ihre Mitglieder enthalten hierzu ebenfalls Anmerkungen, die oft Nützlichkeit und konstruktives Voranbringen lobend erwähnen, zum Teil aber auch eher hemmende oder einschränkende Wirkungen benennen.

Man kann der Projektleitung nicht absprechen, dass sie - vor allem in der Anfangsphase der Implementierung des Modellprojektes auf Länderebene - nicht sehr engagiert versucht habe, die Länderspezifischen Prozesse im Sinn der Kriterien zu initiieren. Hier sind vor allem zu nennen: Das Ziel der politischen Absicherung der Länderinitiativen, das Erreichen eines Sektor übergreifenden Ansatzes, das Ziel einer jugendpolitischen Verankerung und handlungsrelevanten Konkretisierung der Ergebnisse sowie Orientierung hin auf das erste Etappenziel „Zukunftskonferenz" mit den entsprechenden methodischen Implikationen[18].

Wie bereits beschrieben, wurden diese orientierenden Interventionen in einer Länderinitiative durchweg als nicht förderlich wirkende wahrgenommen, aber letztendlich 1:1 übernommen. In der Rückschau betrachten die Mitwirkenden in der betroffenen Steuerungsgruppe tendenziell dies als einen Fehler. In einer anderen Länderinitiative wurde die Methode nach kurzer Bedenkzeit ganz abgelehnt und sich für eine andere mit interner Moderation entschieden[19]. In den beiden übrigen wurde die Methode „Zukunftskonferenz" mit externer Moderation (in einem Bundesland mit einem Wechsel der beauftragten Agentur) grundsätzlich angenommen, im Verständnis der jeweiligen Steuerungsgremien aber ihren Zielvorstellungen

[18] Siehe Anhang 4

[19] Charakter „Worldcafé" / Thementische plus einleitendem Impulsreferat

entsprechend positiv modifiziert. Hier gibt es auch die überwiegend zustimmenden Bewertungen hinsichtlich der Unterstützung durch die Projektleitung.

Ein wesentliches Ziel des Modellprojektes, auf Länderebene eine jugendpolitische Verankerung für mehr grenzüberschreitende Mobilität von jungen Menschen zu Lernzwecken fest zu schreiben, kann nur erreicht werden, wenn die Länder dieses Ziel teilen, die Bundesinitiative für richtig halten und als ein wichtiges Handlungsfeld in ihre eigene Politikentwicklung strategisch aufnehmen.

Deshalb wurden mit den auf **Länderebene** für das Projekt **politisch Verantwortlichen** ebenfalls Gespräche geführt. Nachfolgend eine Zusammenfassung im Kontext der Bewertung der Zielsetzungen und der Umsetzung des Modellprojektes[20]. Soweit bekannt und „öffentlich" zu machen, fließen auch Positionen des Bundes mit ein.

Das Modellprojekt ist im Kontext der Arbeit der Bund-Länder AG zur Umsetzung der EU Jugendstrategie vorgestellt worden, in der Mobilität junger Menschen ein zentrales Anliegen ist. Mit den für das Modellprojekt festgelegten Schwerpunkten „ressortübergreifend" und „subjektorientiert" werden aber auch Grundlagen für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik berührt, sodass die Umsetzung des Modellprojektes dort angesiedelt ist.

Daraus resultierte auch die Intention, die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen mit JIVE und Kommune goes international so weit wie möglich zu verzahnen, um so neue Impulse für alle Ebenen zu geben. Zur tatsächlichen Umsetzung dieser Absicht ist im Bericht bereits Stellung genommen worden, ohne im Detail darauf einzugehen. Angesichts großer Autonomie der Kommunen, so unsere ergänzende Empfehlung, wäre eine Art institutionalisierter Einbindung in die Entscheidungs- und operationalen Strukturen des Modellprojektes sicher hilfreich gewesen.

Nach bestimmten Kriterien ausgewählte Bundesländer sind auch vor diesem politischen Hintergrund vom Bund angesprochen worden. Sie haben sich zum Teil aus vergleichbaren, zum Teil aus zusätzlichen oder auch anderen landesspezifischen Motiven zur Mitwirkung entschieden. Vergleichbare Motivationen für die Beteiligung am Modellprojekt finden sich im Hinblick auf folgende Aspekte:

- Stärkere Europäisierung und Internationalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe und bessere Einbindung in die Strukturen von Kinder- und Jugendarbeit / Jugendhilfe, vor allem auch auf der kommunalen Ebene

[20] Wegen des sehr unterschiedlichen Charakters dieser Gespräche und unterschiedlicher Zuständigkeiten in den Ministerien und Verwaltungen erfolgt diese Zusammenfassung ohne länderspezifische Identifikationen. Teilweise wurde auch ausdrücklich Vertraulichkeit vereinbart.

- Neue konzeptionelle Ansätze und entsprechende Rahmenbedingungen, um mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen, damit im Prinzip alle Jugendlichen unabhängig von sozialem und Bildungshintergrund grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen zu Lernzwecken machen können. Eine größere Einbindung von Jugendlichen, die bisher – aus welchen Gründen auch immer - keinen Zugang zu Mobilitätsmaßnahmen hatten, ist allen beteiligten Ländern gleichermaßen ein wichtiges Anliegen

- Das Thema „Mobilität zu Lernzwecken" wird immer wichtiger, hat aber bisher nicht die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Es fehlen auch der Bedeutung angemessene flächendeckende und Träger- und Sektor übergreifende Informationen: „Wenn es uns gelingt, so etwas wie ein Öffentliches Bewusstsein für grenzüberschreitende Lernmobilität zu schaffen, dann hat dieses Projekt auch einen Mehrwert", fasst ein Zitat aus einem Interview diese ebenfalls gemeinsame Sichtweise zusammen.

Mehrheitlich sehen die auf Länderebene Interviewten als Folge der Umsetzung der EU-Jugendstrategie eine Aufwertung des Themas Jugendpolitik. Es gebe erkennbar einen neuen Fokus „Jugend", der auch eine neue Qualität in der Bund-Länder Zusammenarbeit erkennbar werden lässt. Konkret auf das Modellprojekt bezogen wird die Chance gesehen, neue Kooperationsformen zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen zu entwickeln und Stakeholder zusammen zu führen, die sonst normalerweise für sich oder unter sich bleiben.

Die Absicht, das Modellprojekt im jeweiligen Land für eine systematische Vernetzung zu nutzen und damit auch eine Öffnung und Weiterentwicklung bestehender Angebote zu erreichen, wird geteilt.

In Bezug auf den Aspekt Sektor übergreifende Implementierung des Modellprogramms gibt es sehr unterschiedliche Haltungen und Einschätzungen, die mit der jeweiligen aktuellen realpolitischen Situation des betreffenden Bundeslandes zu erklären sind. So besteht in einem Bundesland bereits eine relativ weitreichende Ressort übergreifend abgesicherte jugendpolitische Ausrichtung mit korrespondierenden Informations-, Beratungs- und Unterstützungsaktivitäten, die auch das Thema grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken in einem breiteren Verständnis intendiert beinhaltet. In einem anderen beteiligten Bundesland gibt es verschiedene Zuständigkeiten für Kinder und Jugendliche in ihren verschiedenen Lebensphasen. Als Folge gibt es auch verschiedene Zuständigkeiten für Jugendarbeit und Jugendhilfe. Damit wird z. Bsp. die Umsetzung eines Anliegens wie „mehr Europäisierung und Internationalisierung dieser Handlungsfelder" deutlich erschwert, wenn nicht verhindert.

Wie bereits erwähnt, gab es aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung in allen beteiligten Bundesländern den ernsthaften Willen, die Steuerungsgremien in einer Sektor übergreifenden Perspektive zu besetzen und andere mit dem Thema Jugend befasste Ministerien, auch Kommunen, zur Teilnahme einzuladen.

Dass dieses Bemühen nicht überall in gewünschtem Umfang erfolgreich war, könnte möglicherweise zunächst die weitere Arbeit bezüglich der Umsetzung der Ergebnisse der Zukunftskonferenzen / Veranstaltungen beeinflussen. Andererseits sind manche Ideen und angedachten Handlungsschritte teilweise bereits so konkret und weiterführend, dass sie bei anderen politisch Verantwortlichen in anderen Ressorts und Verwaltungen auf Interesse stoßen könnten und mittelfristig eine Strategie der Ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu Gunsten von neuen und mehr Lernmöglichkeiten durch Mobilitätserfahrungen für junge Menschen einleiten könnten.

In einigen Interviews wurde ein sensibler Punkt des Modellprojektes angesprochen, der in der Rückschau der wissenschaftlichen Begleitung in bestimmten Projektphasen in einigen Ländern die Kommunikation und Kooperation zwischen Länder- und Bundesebene nicht gerade optimal unterstützt hat. Es geht darum, dass die beteiligten Bundesländer aus ihrer Sicht die Vorgabe des Kriteriums einer politischen Absicherung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen versucht haben, ernst zu nehmen, aber auf Bundesebene teilweise ein entsprechende gleichwertige Repräsentation vermisst haben. So wird mehrfach hinterfragt, warum der Bund nicht selbst die verantwortliche Leitung des Modellprojektes übernommen und diese an die Nationalagentur delegiert habe.

Grundsätzlich hätten sich die Länder aus der Sicht der meisten Interviewten mehr Kooperation mit dem Bund und strukturierten Austausch über den jeweiligen Fortgang des Modellprojektes untereinander gewünscht. Die Auftaktveranstaltung wird durchweg als ein positiver und ermutigender Start bezeichnet, dem leider nicht mehr viel gefolgt sei.

Man könnte diese Haltung aus Sicht des Bundes als widersprüchlich bezeichnen, weil zwei Einladungen des Bundes zu solchem gemeinsamen Erfahrungsaustausch nicht die notwendigen Anmeldungen bekommen haben und die Sitzungen deshalb abgesagt worden sind. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung liegen die Gründe aber nicht ausschließlich in fehlender Zeit zu den vorgeschlagenen Terminen, sondern könnten auch im generellen Kontext zu sehen sein, der im vorigen Absatz kurz angesprochen worden ist.

Insgesamt wird die Initiative des Bundes für dieses Modellprojekt begrüßt und werden von der Beteiligung der Länder neue Impulse erwartet, die nicht nur auf der

Landes- und kommunalen Ebene wirken sollen, sondern auch den generellen Prozess der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und die weitere Umsetzung der EU-Jugendstrategie im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern befördern können.

Die Zukunftskonferenzen / Veranstaltungen haben im Modellprojekt die Funktion, möglichst alle Akteure zusammen zu bringen, die eine Rolle im Hinblick auf grenzüberschreitende Mobilität von jungen Menschen spielen können, damit die zu planende Zukunft auf breitem Konsens beruht und auf Rahmenbedingungen trifft, die eine Realisierung dieser ZukunftsSuche erlauben[21].

Zum einen gehören dazu Träger aus den Bereichen Jugendarbeit und Jugendhilfe, die zum Teil seit vielen Jahren Mobilitätsmaßnahmen durchführen - sie waren in allen Veranstaltungen zahlreich vertreten. Zum anderen sollten aber auch neue Organisationen / Einrichtungen gewonnen werden, die bisher entweder ihre eigenen Mobilitätsprogramme ohne Einbindung in Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendhilfe durchgeführt haben oder auch bisher Mobilitätsaspekten im Kontext von Lernen weniger oder keine Aufmerksamkeit gewidmet haben. Hier sind in erster Linie Akteure aus dem formalen Bildungsbereich gemeint.

Je nach beteiligtem Bundesland betrifft dies auch auf den Schul- und Hochschulbereich zu. Aus diesem Grund war ein wesentliches Kriterium in den Vorgaben die Sektor übergreifende Verankerung der jeweiligen länderspezifischen Entwicklungsinitiative – dazu hat der Bericht bereits Stellung genommen.

Für die vier durchgeführten Veranstaltungen kann gesagt werden, dass die Einbeziehung neuer potenzieller Akteure aus anderen Bildungsbereichen als dem nicht-formalen – wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausprägung – realisiert werden konnte. Dass eine Beteiligung von Entscheidungsträgern aus dem politischen Raum kaum möglich sein würde, zeichnete sich sehr schnell in den ersten Diskussionen der Vorbereitungs- und Steuerungsgruppen ab und bezieht sich sowohl auf die betreffenden Ministerien als auch das parlamentarische Umfeld. Deshalb fiel den jeweiligen offiziellen Länderbeauftragten in den Initiativen besondere Verantwortung zu: Während des Vorbereitungsprozesses und der Veranstaltungen haben sie trotz eindeutiger Hinweise auf ihre jeweilige klar definierte begrenzte

[21] Das ursprüngliche Konzept der Zukunftskonferenz sieht die Beteiligung von 64 Personen vor: je 8 Vertreter aus 8 möglicherweise betroffenen Stakeholder Gruppen. Damit sollte das gesamte „System" abgebildet sein. Tatsächlich variierte die Zahl der Teilnehmenden in den Zukunftskonferenzen zwischen knapp 30 und knapp 70; in einer Veranstaltung mit unterschiedlichen Zielgruppen an zwei Tagen waren insgesamt rund 200 Personen anwesend.

Entscheidungskompetenz im Verständnis vieler Gremienmitglieder eine „Quasi-Repräsentationsrolle" der Politik und Verwaltung inne gehabt.

In dieser Interpretation haben sie auch auf die Planungs- und Vorbereitungsprozesse steuernd eingewirkt, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Für den weiteren Fortgang des Modellprojektes nach offiziellem Ende der Veranstaltungen haben sie eine Schlüsselrolle inne im Hinblick auf die Aufbereitung der Ergebnisse und deren Transfer in den politischen Raum, wobei der noch weitgehend fehlenden aber notwendigen Einbindung der Verwaltungsebenen große Bedeutung im Hinblick auf nachhaltige jugendpolitische Verankerung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen zufällt. Soweit dies aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung zu beobachten war, haben alle Länderverantwortlichen bis einschließlich der Veranstaltungen ihre Rollen und Aufgaben engagiert wahrgenommen.

Ebenfalls sehr unterschiedlich sind die Prozesse in den beteiligten Bundesländern hinsichtlich der **Zielformulierungen und Zielerreichung** der jeweiligen länderspezifischen Entwicklungsinitiativen verlaufen.

Die Protokolle der wissenschaftlichen Begleitung zu den Planungs- und Steuerungsgremien vermerken immer wieder, dass selbst in einem fortgeschrittenen Prozessstadium die Frage aufkommen konnte: „Was wollen wir mit der Konferenz erreichen?". Dabei ist zu erinnern, dass es ein mittelfristiges, länderübergreifendes Ziel gibt, auf das in der Regel die Projektleitung wiederholt verwiesen hat, nämlich eine jugendpolitische Verankerung der zukünftigen Schritte / Handlungen hinsichtlich eines generellen Anspruches von Jugendlichen auf grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken. Dieses Ziel war den verschiedenen Gremien nicht zu jeder Zeit und auch nicht in gleicher Bedeutung präsent und für sie handlungsrelevant angesichts eigener Zielsetzungen.

Ein Beispiel: In einer Initiative gab es zu Beginn der Vorbereitung das Ziel, mit der Konferenz eine neue jugendpolitische Strategie zu erarbeiten. Entsprechend hoch waren die Erwartungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Teilnehmenden, des Verlaufs dieser Zukunftskonferenz und des Transfers der Ergebnisse in den politischen Raum. Die realen Bedingungen (Arbeitsbedingungen, Zusammensetzung, politisches Umfeld) in dieser Initiative haben dann zu Abstrichen in der Zielsetzung und damit des Anspruchs geführt, was auch Auswirkungen auf die Handlungsempfehlungen (Innovation, Umsetzungspotenzial, Möglichkeiten für nachhaltige Effekte) am Ende der Konferenz hatte.

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung stellt sich die Frage, ob dem Prozess der länderspezifischen Zielfindung die notwendige Zeit eingeräumt worden ist, bzw., ob der notwendige Zeitaufwand in der Planungsphase des Modellprojektes unterschätzt

worden ist. Es ist eines zu sagen, wir teilen als Land die generellen Zielsetzungen des Modellprojektes und beteiligen uns deshalb. Etwas anderes ist es herauszuarbeiten, was die besonderen politischen Herausforderungen auf Landesebene sind, welche Veränderungen oder Weiterentwicklungen politisch gewünscht sind, was tatsächlich erforderlich ist, um die generellen Ziele des Modellprojektes landesspezifisch zu adaptieren oder zu übersetzen. Um darauf Antworten zu finden, war der Zeitrahmen wahrscheinlich zu eng, denn die vorrangig verfolgte Aufgabe der konkreten Vorbereitung der jeweiligen Veranstaltung hat häufig die eigentlich für vertiefende inhaltliche Diskussionen benötigte Zeit in Anspruch genommen.

Die Erwartung, dass die jeweilige Zukunftskonferenz mehr als einige Ideen, neue Vernetzungen und Kooperationen sowie erste Schritte als Antworten auf die vorab formulierten Fragen liefern könnte, wäre unrealistisch gewesen: Sektor- und Ressortübergreifende Zusammenarbeit in diesem relativ neuen und noch wenig geregelten Politikbereich (Europäische Jugendpolitik, Internationalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe) brauchen Zeit zum Denken und vor allem Freiräume für einen neuen und meist ungewohnten Diskurs, der bisher gewohnte Denkhorizonte überschreitet. Die Zeit dafür fehlte in allen Länderinitiativen.

In diesem Zusammenhang eine kurze Anmerkung zu der ursprünglich in den Kriterien gewünschten Ist-Stand-Analyse zu Mobilitätsmaßnahmen in den teilnehmenden Bundesländern. Nur in einem Bundesland existierte zu Beginn des Modellprojektes eine umfassende Mobilitätsstudie, die über den Kontext Jugendarbeit und Jugendhilfe deutlich hinausgeht und Zu- und Abwanderung in verschiedenen Perspektiven diskutiert. Eine besondere Aufbereitung oder einen spezifischen Auszug dieser Studie zur direkten Verwendung im Modellprojekt gab es nicht. In allen anderen beteiligten Ländern war sehr schnell klar, dass die für solch eine Studie notwendige Vorlaufzeit den Zeitrahmen des Modellprojektes deutlich sprengen würde. In einem Bundesland wurde allerdings beschlossen, eine entsprechende Studie zum Ist-Stand parallel zum Steuerungsprozess und der Zukunftskonferenz erstellen zu lassen. Die ersten Ergebnisse liegen jetzt vor und sind sicher für den weiteren Prozess in diesem Bundesland hilfreich. In einem andern Bundesland besteht die Absicht, vorhandene statistische Zahlen unter qualitativen Fragestelllungen neu zu strukturieren und zu ergänzen.

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung hätte das Vorhandensein von Ist-Stand Daten zu Beginn des Modellprojektes eine länderspezifische Bedarfsanalyse hinsichtlich des praktischen wie politischen Handlungsbedarfs im Kontext von grenzüberschreitender Mobilität zu Lernzwecken deutlich erleichtert.

Im Zusammenhang dieser Anmerkungen zur Zielfindung muss auch berücksichtigt werden, dass immanente eigene Ziele und Intentionen der beteiligten Gremienmitglieder ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Es war deshalb zu fragen, wie weit diese tatsächlich offen miteinander geteilt worden sind und ob sie intendiert und systematisch im Hinblick auf einen gemeinsamen Ansatz für eine neue Jugend- bzw. bildungspolitische Offensive diskutiert und genutzt worden sind.

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung haben solche Diskussionen im Berichtszeitraum nur vereinzelt stattgefunden, was zu nachfolgender Schlussfolgerung führt, die an einer vorherigen Anmerkung zum notwendigen Zeitbedarf anknüpft. Es wäre sicher hilfreich gewesen, wenn in allen Länderinitiativen erste landespolitische Überlegungen zu Beginn eines Planungs- und Steuerungsprozesses auf dem „Tisch gelegen hätten", um damit einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu liefern, der dann gemeinsam hätte verändert oder vertieft werden können. Insgesamt auf den Prozess der Zielfindung bezogen den Hinweis, dass eine länderspezifische jugendpolitische Strategiediskussion mit ausreichender Zeit und als notwendiger Vorlauf vor Beginn eines konkreten Planungs- und Steuerungsprozesses geplant die Erarbeitung von Zielen und Rahmenbedingungen für eine Umsetzung deutlich erleichtert hätte. Aber auch dafür ist ein Modellprojekt da, dass solche Erkenntnisse gewonnen werden können.

Nur in einer Länderinitiative gab es sehr früh in der Vorbereitung eine „klare Zielansage von oben", die in der Gruppe schnell auf Konsens traf. Allerdings handelte es sich um ein eher pragmatisches Ziel, das auch politisch nicht kontrovers war und kein Konfliktpotenzial beinhaltete. In allen anderen Initiativen gab es – gelegentlich bis häufiger - Irritationen, auch Meinungsverschiedenheiten darüber, was mit der jeweiligen Veranstaltung erreicht werden sollte. Dennoch gibt es keine Zukunftskonferenz, mit deren Ergebnissen die Mehrheit der Verantwortlichen nicht zufrieden wäre. Dies schließt allerdings verschiedene Optionen ein: Von „war ok, aber es hätte mehr herauskommen können" bis hin zu „sehr zufrieden, Ziel voll erreicht", reichen die Einschätzungen der Gremienmitglieder. Die Bewertungen der Teilnehmenden an den Veranstaltungen werden im Anschluss vorgestellt und kommentiert.

Die Ergebnisse der Zukunftskonferenzen liegen zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichtes in unterschiedlichen Formaten und in inhaltlich unterschiedlich strukturierter Weise vor. In zwei Fall beschränkt sich die augenblicklich vorliegende Dokumentation, erstellt durch die jeweils beauftrage Agentur für die externe Moderation, auf die Veranstaltung selbst und hat eher den Charakter einer Fotodokumentation. In einem Bundesland ist diese Dokumentation zwischenzeitlich ergänzt worden um eine sehr detaillierte Auflistung aller möglichen Handlungsschritte

durch die auf Landesebene beauftrage Koordination des Projektes. Dieses zusätzliche Dokument dient aktuell der weiteren Umsetzung. Im zweiten Fall wurde gerade ein Konsultationsprozess gestartet zur Konkretisierung der am Ende der Zukunftskonferenz formulierten Absichten für eine Weiterführung der Länderinitiative. In einem weiteren Bundesland gibt es eine ausführlichere Dokumentation mit erläuternden Texten. Die bisherige Steuerungsgruppe hat sich bereits mit dem Dokument befasst und zahlreiche Änderungen diskutiert und Ergänzungen beschlossen, die jüngst eingearbeitet worden sind. Im vierten Fall gibt es ein ausführliches Ergebnisprotokoll, erstellt durch die verantwortlichen Veranstalter, das ebenfalls in einem Diskussionsprozess mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe in Bezug auf die weiteren Handlungsschritte gerade ergänzt wird und als Zusammenfassung der identifizierten Ziele und Maßnahmen für den Bereich Internationale Jugendarbeit in Kürze vorgelegt werden soll[22].

Unabhängig von den jeweils auf Landesebene erzielten Ergebnissen lassen sich Länderübergreifend einige Ergebnisse bzw. Effekte identifizieren, die im Zusammenhang von Schlussfolgerungen und Empfehlungen referiert werden[23].

Auswertung der Feedback-Fragebögen der Teilnehmenden an den Zukunftskonferenzen / Veranstaltungen[24]

Im Folgenden stellen wir zunächst die jeweiligen Ergebnisse der Auswertung vor. Die teilweise sehr umfangreichen zusätzlichen Erläuterungen werden wegen der besseren Lesbarkeit nicht wörtlich wiedergegeben, sondern zusammengefasst. Ein abschließender Kommentar erfolgt jeweils am Ende.

Berlin/Brandenburg

Auf Bitte der wissenschaftlichen Begleitforschung haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende jeder Konferenz einen zweiseitigen Fragebogen ausgefüllt, in dem ein kurzes Feedback zum Verlauf der Konferenz gegeben werden sollte. Er

[22] Es wäre sehr erstrebenswert, wenn jedes der am Modellprojekt beteiligten Bundesländer die Ergebnisse so aufbereitet, dass eine breite (Fach)Öffentlichkeit nachvollziehen kann, was bisher geschehen ist, in welche Richtung zukünftig jugendpolitische Schritte führen sollen und auf welchen neuen Kooperationsformen und politischen Absichten diese Schritte beruhen. Damit könnte auch anderen Bundesländern ein Einstieg in die Mobilitätsthematik im Kontext von Lernen erleichtert werden.

[23] Seite 45ff

[24] Die Fragebogen wurden dem jeweiligen Veranstaltungsformat angepasst. Siehe Anhang Nr.5

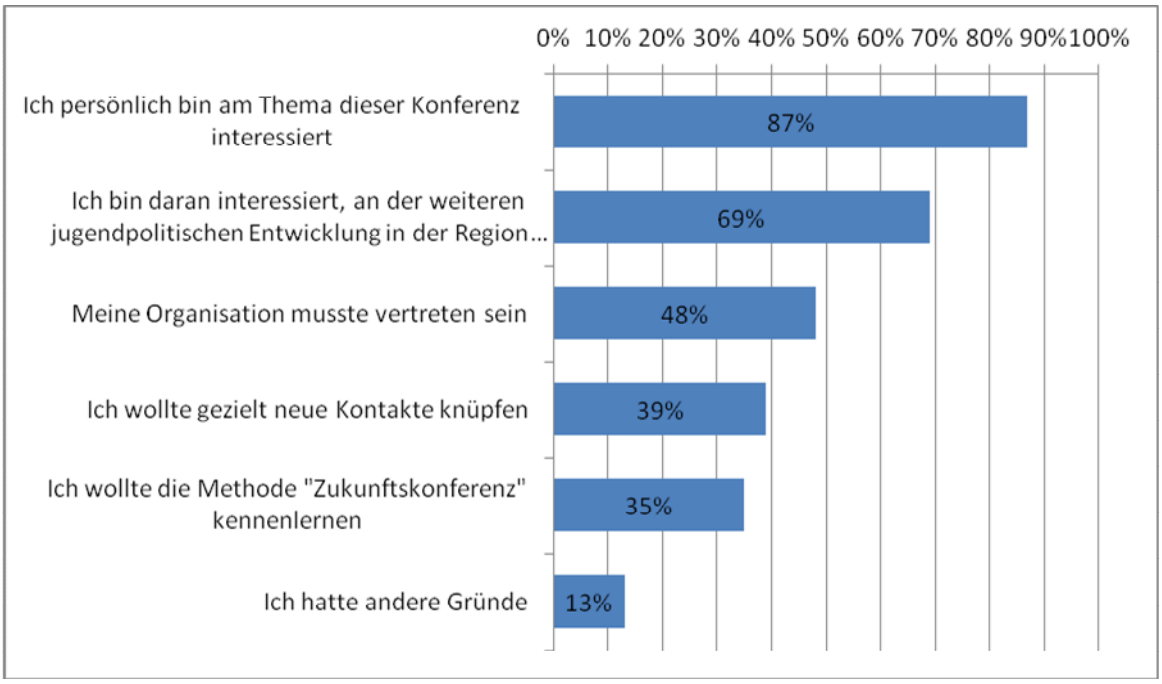
enthielt sowohl geschlossene Fragen als auch Platz für Antworten auf offene Fragen und für Kommentare.

23 auswertbare Fragebögen wurden für Berlin / Brandenburg abgegeben (96% der in der Auswertungsrunde Anwesenden). Alle Prozentsätze in den Tabellen und Graphiken beziehen sich auf diese Basis.

Frage 1

Schaubild B1

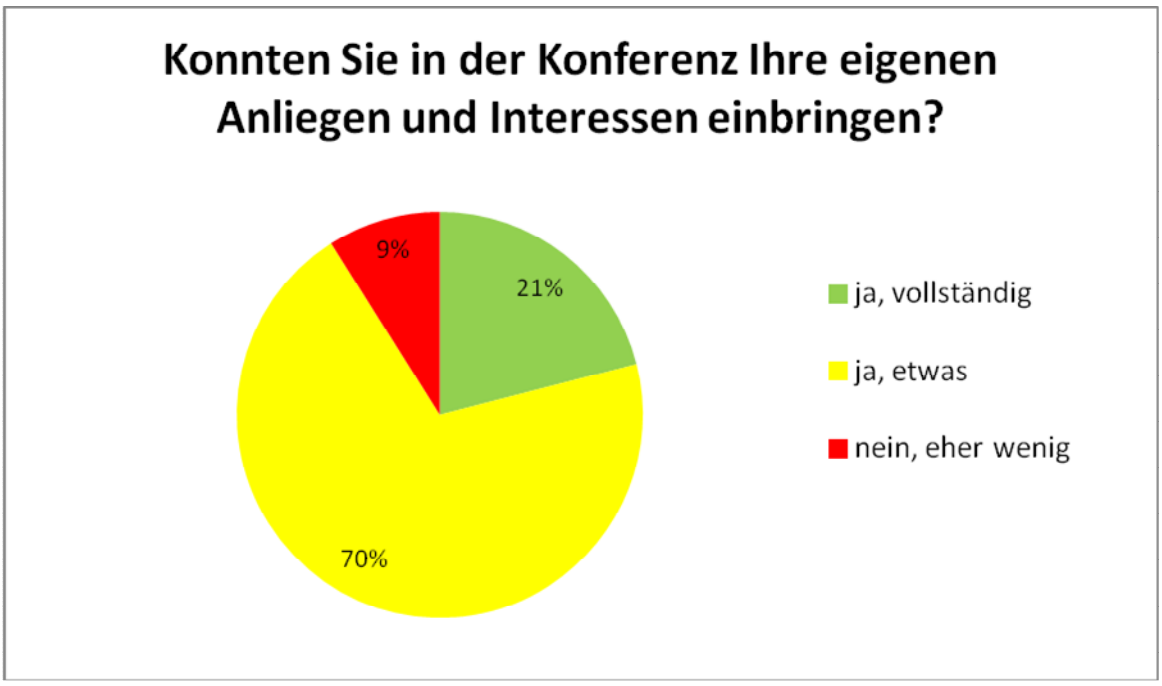
Warum haben Sie an der Zukunftskonferenz teilgenommen?



Andere Gründe waren:
Erhaltene Aufforderung/ Bitte um Teilnahme von Seiten der Veranstalter
Als Akteure beteiligt sein müssen
Der Wunsch, Anregungen speziell zur Unterstützung der Mobilität der Jugendlichen im ländlichen Raum zu erhalten.

Frage 2

Schaubild B2



Anmerkung:
Angesichts der Tatsache, dass die Teilnehmenden drei Tage zusammen waren und – siehe unten – laut eigenen Angaben sehr viel mit den anderen kommunizieren konnten, ist es ein bemerkenswert niedriger Wert, wenn nur Jede(r) Fünfte sagen kann, dass die eigenen Interessen vollständig hatten eingebracht werden können.

Frage 3

Wurde etwas, was Ihnen wichtig war, nicht berücksichtigt?

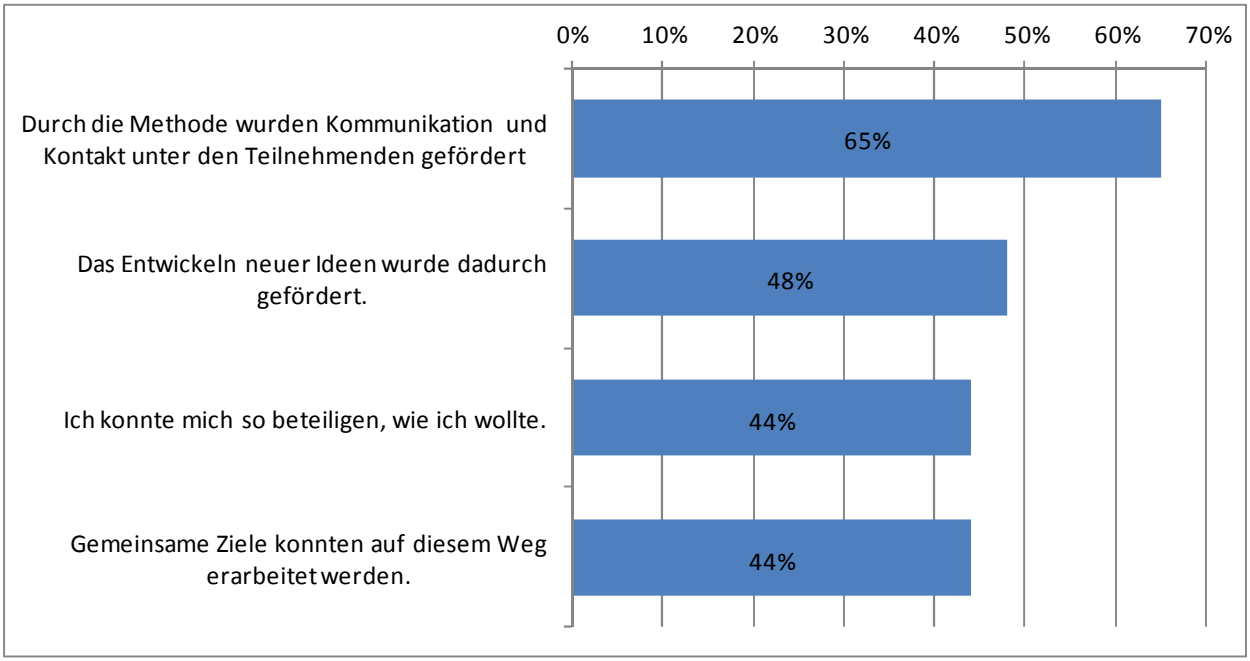
Nein, es wurde alles berücksichtigt:	43%
Ja, manches wurde nicht berücksichtigt:	48%
Keine Angaben	9%

In den Erläuterungen dazu, was nicht berücksichtigt worden sei, gibt es überwiegend Hinweise von Teilnehmenden, die sich einen fachlichen Diskurs untereinander gewünscht hätten im Hinblick auf bestehende Mobilitätskonzepte, auch in Bezug auf die Fragen, wie man ganz konkret Jugendliche für eine Nutzung von Mobilitätsmaßnahmen motivieren kann und welche neuen Formen grenzüberschreitender Mobilität zukünftig notwendig sind. In einem solchen Diskurs müssten auch die konkret existierenden Rahmenbedingungen in der Region berücksichtigt werden und weitere Institutionen und Zielgruppen beteiligt werden, die noch nicht eingebunden sind. Eine stärkere Vertretung der politischen Ebene und jener, die solche neuen Entwicklungen steuernd voranbringen könnten, wird als notwendig gesehen.

Frage 4

Schaubild B3

Wie beurteilen Sie die Durchführung der Veranstaltung mit der Methode der „Zukunftskonferenz"



Frage 5

Hat die Konferenz Sie zusätzlich motiviert, sich verstärkt in Ihrem Bereich für die Förderung grenzüberschreitender Mobilität einzusetzen?

Ja 65%

Nein 35%

Gründe, warum die Konferenz nicht zusätzlich motiviert hat:

- Mehrere TN weisen darauf hin, dass sie vorher schon genauso motiviert waren oder darauf, dass es für ihre persönliche Motivation dieser Konferenz nicht bedurft hätte (7 Nennungen).

- Andere Gründe verweisen auf die begrenzte eigene Zeit und eine Person führt das Setting der Veranstaltung als Grund an.

Weitere Einschätzungen und Anregungen zur Konferenz:

Diese beziehen sich alle auf die Methode „Zukunftskonferenz" und / oder die Moderation. Auch wenn die Grundidee für die Konferenz als gut bewertet wurde, wird deren Durchführung problematisiert. So geht aus mehreren Anmerkungen hervor, dass Teilnehmende sich mehr inhaltliche Kompetenz der Moderierenden gewünscht hätten und dass die ursprünglichen Ziele für die Veranstaltung, die Zusammensetzung der Teilnehmenden und die benutzte Konferenzmethode kaum überein zu bringen gewesen seien. Deshalb wären auch die inhaltsbezogenen Phasen zu wenig zielführend gewesen.

Kommentar

Das Thema der Zukunftskonferenz:
„Jugendmobilität 2023 – Entwicklung einer jugendpolitischen Strategie zur Stärkung grenzüberschreitender Mobilität von jungen Menschen und zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung" stieß persönlich (87%) wie auch auf die zukünftige jugendpolitische Mitarbeit bezogen (69%) auf großes Interesse. Angesichts der relativ kleinen Zahl von Teilnehmenden ist daraus jedoch nicht auf ein generell vorhandenes großes Interesse in der Trägerschaft von Jugendarbeit und Jugendhilfe zu schließen. Diese Einschätzung wird erhärtet durch die Tatsache, dass die Reaktionen auf eine breite Einladungskampagne in beiden Bundesländern mit weit mehr als eintausend Einladungen eher zu Null tendierten und die Anwesenden entweder Mitglieder der Steuerungsgruppe waren und / oder in dieser Funktion persönlich Teilnehmende geworben haben.

Möglicherweise wurde auch die jugendpolitische Bedeutung der Zukunftskonferenz in den beiden Bundesländern nicht deutlich genug kommuniziert oder diese Bedeutung von den Eingeladenen in Einladungsverfahren und Einladungstexten nicht rezipiert.

Diese Länderinitiative startete als erste und führte auch weit früher als die übrigen Bundesländer ihre Zukunftskonferenz durch. Erfahrungsgemäß wird zu solch einem frühen Zeitpunkt in einem Modellprojekt versucht, möglichst alles, was als modellhaft definiert worden ist, auch durchzusetzen. Bezogen auf die externe Moderation und das ursprüngliche Format Zukunftskonferenz waren diese beiden Vorgaben zweifelsfrei die den gesamten Prozess eher negativ beeinflussenden Faktoren – die Protokolle der wissenschaftlichen Begleitung dokumentieren dies. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass nur wenige Teilnehmende das Gefühl hatten, sie hätten ihre eigenen Anliegen und Interessen vollständig in die Veranstaltung eingebracht. Auch die mehrheitliche Einschätzung (48%), dass manches nicht berücksichtig worden ist und nur 44% meinen, durch die Methode Zukunftskonferenz hätten sie sich so beteiligen können, wie sie wollten, stützt die Einschätzung bezüglich eines nicht optimal verlaufenen Prozesses. Die Tatsache, dass nur knapp die Hälfte der Teilnehmenden der Meinung ist, durch die Methode sei das Entwickeln neuer Ideen gefördert worden, spricht dann für sich.

Auch der Wert für die Förderung von Kommunikation und Kontakt durch die Methode stellt mit 65% den niedrigsten im gesamten Modellprojekt dar und ist ernst zu nehmen angesichts der Tatsache, dass alles, was in der Zukunftskonferenz geschah, ausschließlich von den Teilnehmenden selbst gemacht worden ist. Zuversichtlich stimmt, dass zwei Drittel dennoch durch die Konferenz motiviert worden sind, sich verstärkt für grenzüberschreitende Mobilität einzusetzen – die bei der Zukunftskonferenz begonnene Vernetzung unter den Teilnehmenden spielte dabei sicher eine wesentliche Rolle.

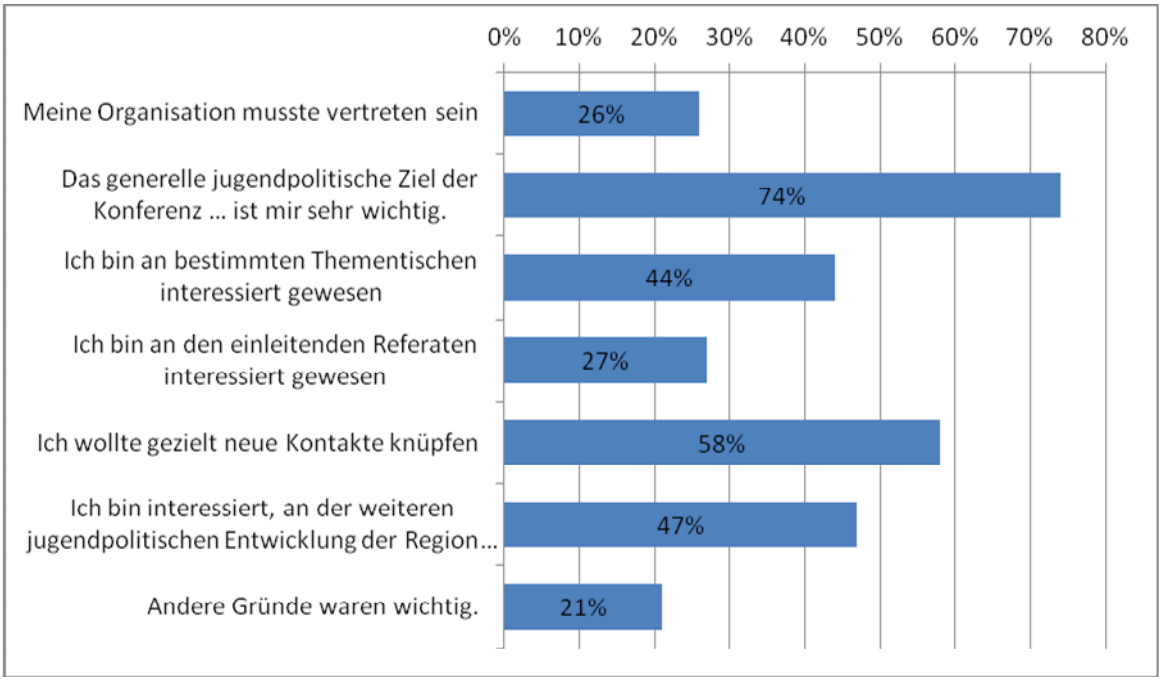
Baden-Württemberg

43 auswertbare Fragebögen[25] wurden abgegeben (aufgrund großer Fluktuation konnte nur eine ungefähre Zahl der Anwesenden ermittelt werden. Die 43 abgegebenen Fragebogen entsprechen deshalb 65% bis 70% der zu diesem Zeitpunkt Anwesenden). Alle Prozentsätze in den Tabellen und Graphiken beziehen sich auf diese Basis.

Frage 1

Schaubild B1

Warum haben Sie an der Zukunftskonferenz teilgenommen?



Andere Gründe waren im Wesentlichen:

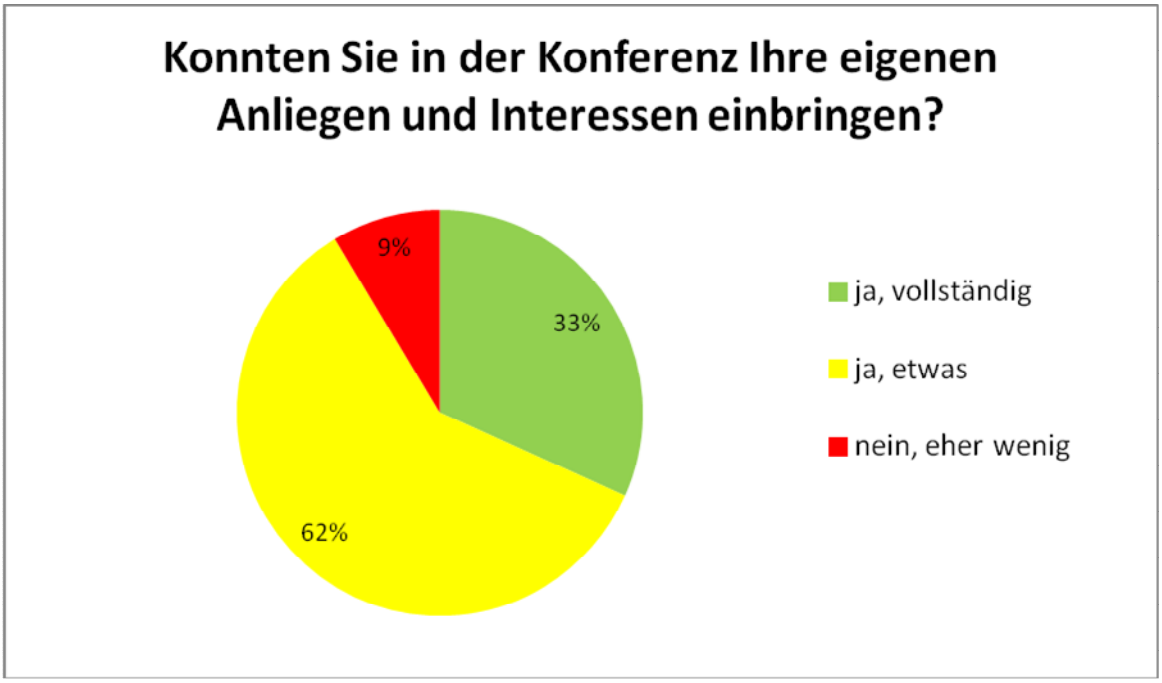
- Sammlung von Informationen zum Aufbau einer Schulpartnerschaft
- Jugendaustausch in schulische Konzepte integrieren und mehr Austauschtätigkeiten erreichen

[25] Nur die Teilnehmenden (Akteure) am ersten Tag wurden einbezogen, weil der zweite Tag mit Runden Tischen mit Jugendlichen einen völlig anderen Charakter hatte, auch wenn inhaltlich mit ihnen die Fragestellungen des ersten Tages erörtert werden sollten

- Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Mobilitätsformate und neue Formate kennenlernen, internationale Jugendarbeit vorantreiben.

Frage 2

Schaubild B2



Frage 3

Wurde etwas, was Ihnen wichtig war, nicht berücksichtigt?

Nein, es wurde alles berücksichtigt:	65%
Ja, manches wurde nicht berücksichtigt:	21%
Keine Angaben	4%

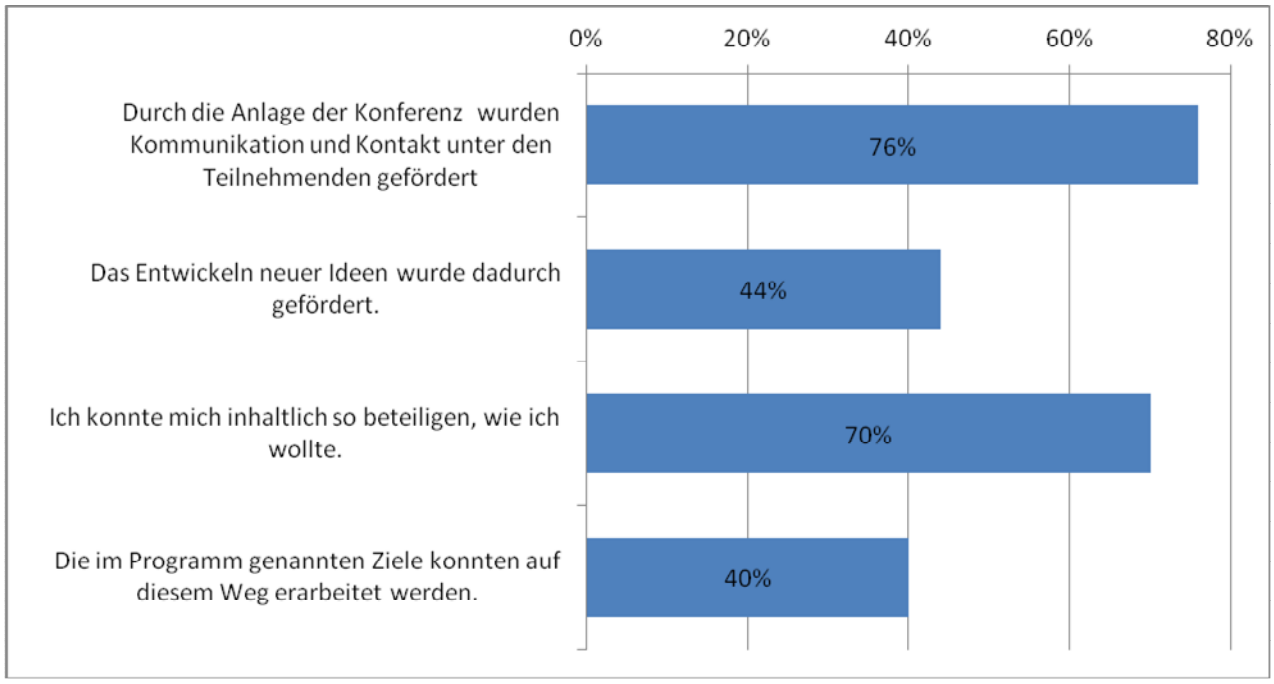
Die wenigen zusätzlichen Anmerkungen der Befragten beziehen sich darauf, dass bestimmte Inhalte wie entwicklungspolitische Bildung oder Beteiligung von Jugendlichen aus problematischen Verhältnissen nicht angesprochen worden sind und meist nur Jugendliche aus Gymnasien als Zielgruppe im Auge waren. Mehr Informationen zu Informationsportalen und / oder auch grenzüberschreitend wirkenden Zertifikaten wurden ebenfalls vermisst. Mehr Kontaktmöglichkeiten mit

Vertretern / Vertreterinnen von Ministerien wurden gewünscht sowie auch mehr Input und weniger eigenes Liefern-Müssen.

Frage 4

Schaubild B3

Wie beurteilen Sie die methodische Durchführung der Konferenz?



Frage 5

Hat die Konferenz Sie zusätzlich motiviert, sich verstärkt in Ihrem Bereich für die Förderung grenzüberschreitender Mobilität einzusetzen?

Ja 90%

Nein 10%

Gründe, warum die Konferenz nicht zusätzlich motiviert hat:
2 TN weisen darauf hin, dass sie vorher schon genauso motiviert waren oder darauf, dass es für ihre persönliche Motivation dieser Konferenz nicht bedurft hätte. Fehlende Zeitressourcen werden auch hier genannt und eine teilnehmende Person fühlt sich nicht zusätzlich motiviert, weil sie keine neuen Impulse erhalten habe.

Weitere Einschätzungen und Anregungen zur Konferenz:

Neben einzelnen Anmerkungen zur guten Organisation und Struktur der Konferenz, auch zu dem angebotenen Themenspektrum oder auch zur Verpflegung stehen die Wünsche nach mehr Vernetzung der Träger der formalen und nicht-formalen Bildung, nach mehr Informationen über bestehende Angebote und Fördermöglichkeiten, nach stärkerer Einbindung von Berufsschulen und mehr Angeboten für Multiplikatoren / Lehrende im Mittelpunkt. Die Möglichkeit, am zweiten Tag der Veranstaltung mit Jugendlichen zusammen zu kommen, wird ebenfalls positiv angemerkt.

Kommentar

Diese Veranstaltung zum Thema:
„Jugend*mobilität* – Was können wir tun, damit alle Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, an grenzüberschreitenden Mobilitätsprogrammen teilzunehmen?"
führte zwar in den Einladungsunterlagen die Kopfzeile „Zukunftskonferenz", hatte in der Durchführung jedoch eine völlig andere Struktur, die mit dem ursprünglichen Konzept in methodischer Hinsicht nichts gemein hat. Es war auch die einzige Veranstaltung, die auf eineinhalb Tage ausgelegt war, keine Übernachtung beinhaltete und durch Impulsreferate eingeleitet wurde. Am ersten Tag waren vor allem Akteure anwesend, am zweiten halben Tag weniger Akteure, dafür zusätzlich Jugendliche, ganz überwiegend Schülerinnen und Schüler. Entsprechend dem Veranstaltungsformat gab es hier im Fragebogen für die Teilnehmenden eine andere und eine leicht modifizierte Frage.

Das generelle jugendpolitische Ziel der Veranstaltung – mehr Jugendmobilität – war die Hauptmotivation zur Teilnahme (74%), gefolgt von dem Wunsch, gezielt neue Kontakte zu knüpfen (58%). Dieser Wunsch wurde auch in der Schlussrunde sowie bei einigen Thementischen als Notwendigkeit für intensiven Erfahrungsaustausch und Vernetzung immer wieder betont. Steuerungsprozess und Durchführung erfolgten durch interne Moderation der durch das Land mit dem Modellprojekt beauftragten Jugendstiftung Baden-Württemberg und waren zielorientiert angelegt: Erarbeitung von Empfehlungen, damit mehr Jugendliche als bisher Auslandserfahrungen machen können. Diese klaren Vorgaben haben möglicherweise mit dazu beigetragen, dass ein Drittel der Teilnehmenden einschätzt, die eigenen Anliegen und Interessen vollständig in die Veranstaltung eingebracht zu haben und nur 9% dies eher verneinen. Auch die Zustimmung von zwei Dritteln der Antworten, dass alles, was den Teilnehmenden wichtig war, auch berücksichtigt worden ist, unterstreicht die insgesamt positive Bewertung der Veranstaltung, die 90% der Teilnehmenden zusätzlich motiviert hat, sich verstärkt für grenzüberschreitende Mobilität einzusetzen.

Dass die Förderung von Kommunikation und Kontakt unter den Teilnehmenden mit vielfältigen Methoden zu erreichen ist, belegen 76% der Teilnehmenden, die dies auch durch die spezifische Anlage dieser Konferenz als gegeben sehen.

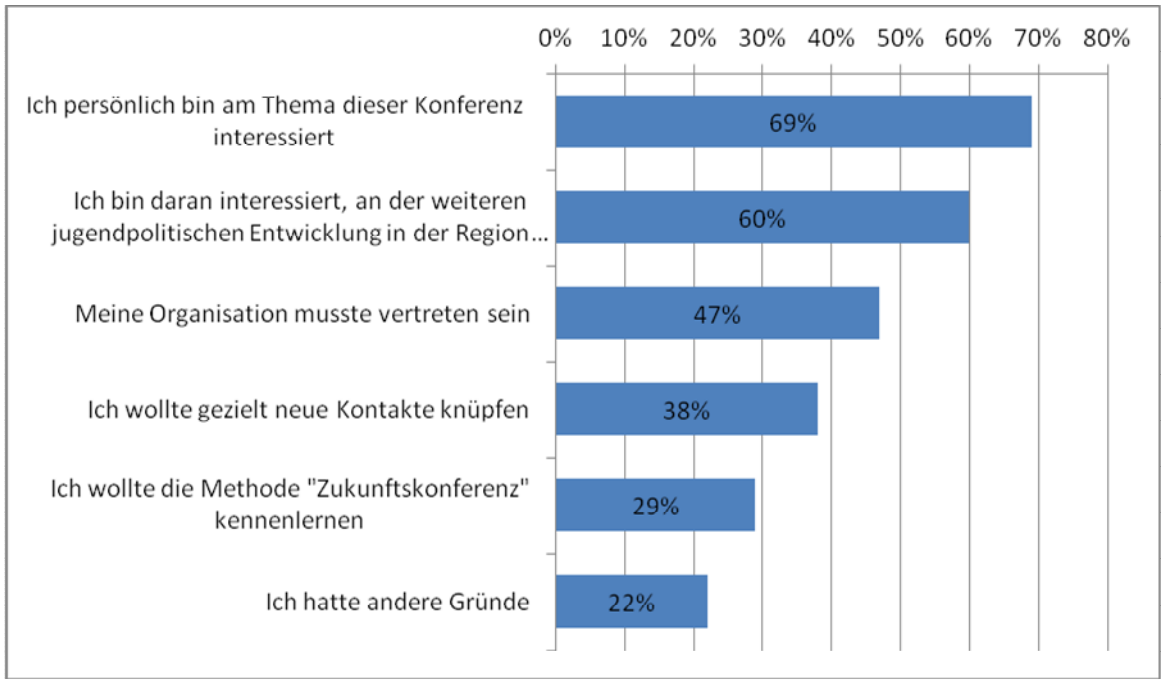
Sachsen-Anhalt

45 auswertbare Fragebogen wurden abgegeben (94% der in der Auswertungsrunde Anwesenden). Alle Prozentsätze in den Tabellen und Graphiken beziehen sich auf diese Basis.

Frage 1

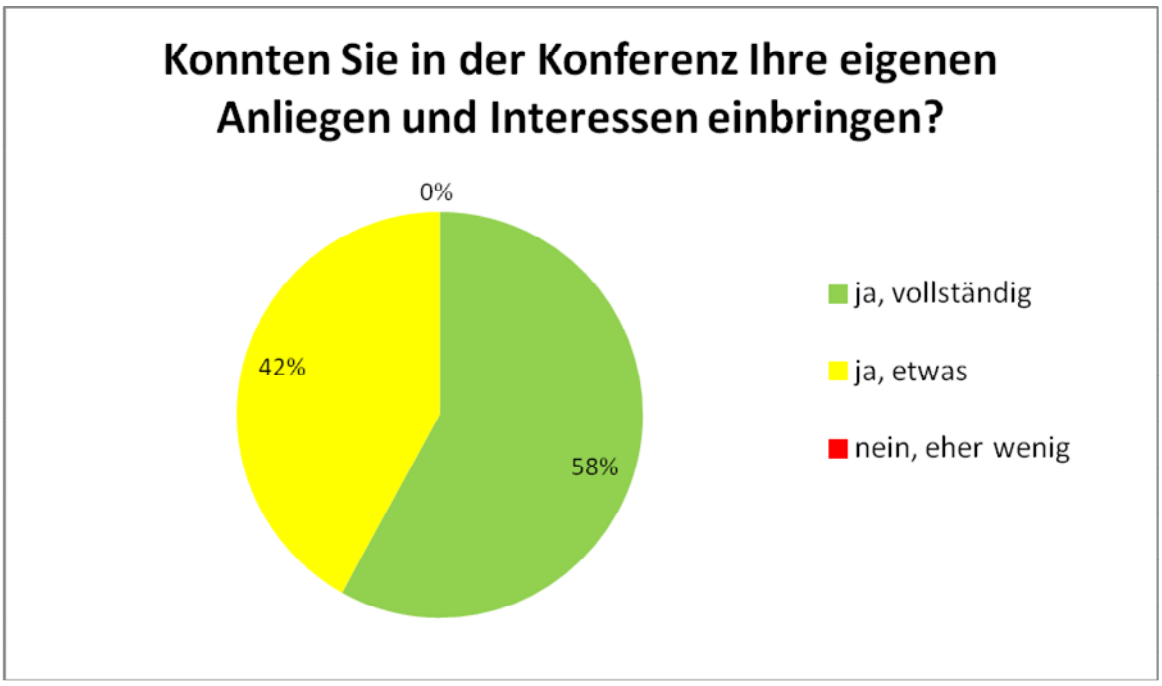
Schaubild B1

Warum haben Sie an der Zukunftskonferenz teilgenommen?



Frage 2

Schaubild B2



Anmerkung:
Im Vergleich zu den anderen Konferenzen ist es ein hervorragendes Ergebnis, wenn drei von fünf Teilnehmenden sich vollständig einbringen konnten und niemand negative Antworten ankreuzt.

Frage 3

Wurde etwas, was Ihnen wichtig war, nicht berücksichtigt?

Nein, es wurde alles berücksichtigt: 76%

Ja, manches wurde nicht berücksichtigt: 24%

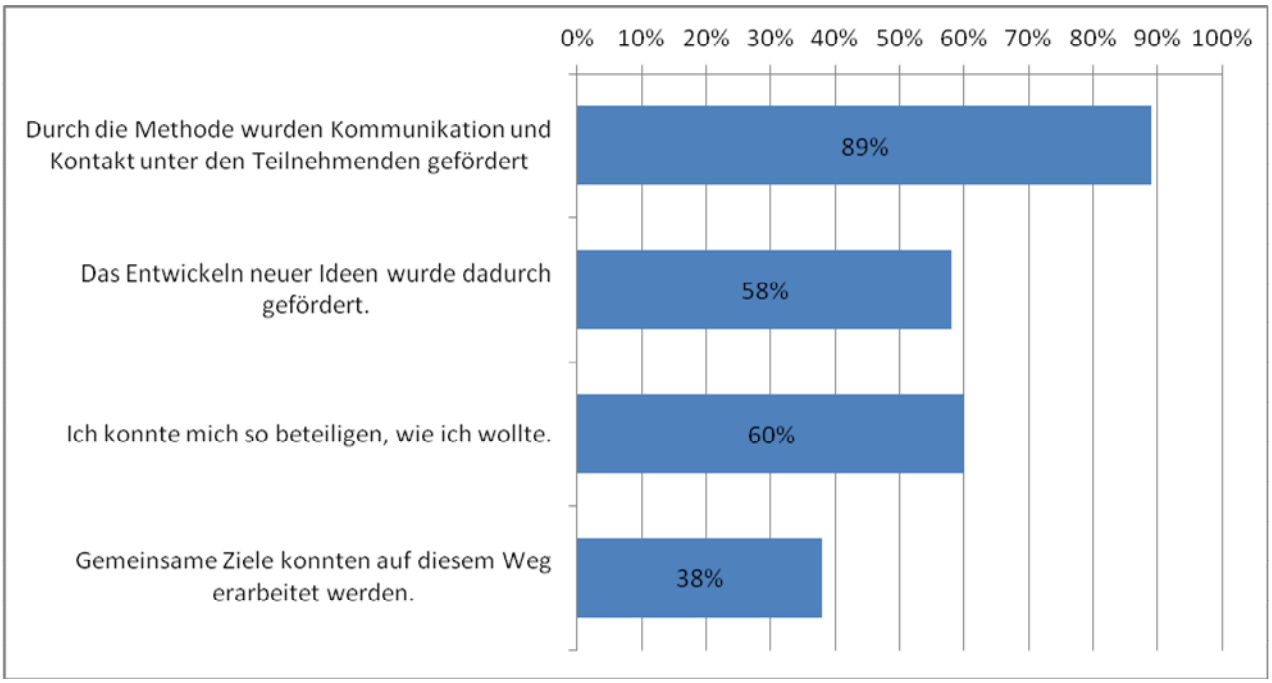
Vermisst werden eine kommunale Verankerung der Initiative und der bisherigen Ergebnisse, auch die mögliche Rolle des Landesschulamtes wurde ebenso wenig angesprochen wie Aspekte schulischer Bildung, des Schüleraustausches oder von Schulstudienfahrten im Mobilitätskontext. Vermisst wurde auch ausreichend Zeit, um die unterschiedlichen Akteure zu Beginn kennenzulernen.

Der Wunsch nach mehr Erfahrungsaustausch, nach mehr Informationen taucht auch hier verschiedentlich auf. Klare Zieldefinitionen und Begriffsklärungen, was z. Bsp. grenzüberschreitendes Lernen denn sein könnte, werden ebenfalls als nicht berücksichtigt genannt.

Frage 4

Schaubild B3

Wie beurteilen Sie die Durchführung der Veranstaltung mit der Methode der „Zukunftskonferenz"



Frage 5

Hat die Konferenz Sie zusätzlich motiviert, sich verstärkt in Ihrem Bereich für die Förderung grenzüberschreitender Mobilität einzusetzen?

Ja 73%

Nein 27%

Gründe, warum die Konferenz nicht zusätzlich motiviert hat:
Auch hier weisen mehrere Teilnehmende darauf hin, dass sie vorher schon genauso motiviert waren oder darauf, dass es für ihre persönliche Motivation dieser Konferenz nicht bedurft hätte. Eine teilnehmende Person fühlt sich nicht zusätzlich motiviert, weil die Arbeit in diesem Bereich nicht ausreichend bezahlt wird.

Weitere Einschätzungen und Anregungen zur Konferenz:

Die zur Verfügung stehende Zeit wird in einer Anmerkung als zu kurz beschrieben, weil dadurch die notwendige Nacharbeit nach der Konferenz aufwendiger und deutlich erschwert würde. Andere Anmerkungen beziehen sich auf den gleichen Kontext. So wird in einer Anmerkung größeren Zeitbedarf für die Strukturierung der Ziele genannt, die nun ebenfalls nachgearbeitet werden müsste. Einer teilnehmenden Person fehlte die notwendige Zeit, um die Erwartungen, Arbeitsfelder und Rahmenbedingungen der Teilnehmenden ausreichend transparent für alle zu machen. Dazu hätte auch eine inhaltliche Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Verständnisse von Lernmobilität gehört. Drei Anmerkungen gehen nochmals auf die Methode ein. Sie hätten sich mehr ergebnisorientiertes Vorgehen durch weniger methodische Dominanz gewünscht, weniger sinnfreie oder hinderliche Regelungen und mehr gruppendienliche Hinweise durch die Moderierenden.

Zur Arbeit der Steuerungsgruppe und **zum Prozess in Sachsen-Anhalt** allgemein wird vorgeschlagen, dass es eine frühere Einbindung politischer Akteure geben sollte und im Hinblick auf einen engeren Kontakt zur Schule die Einbeziehung des Landesschulamtes sinnvoll gewesen wäre. Vermisst wurde auch die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, von Partnern aus dem Ausland sowie aus Behindertenverbänden. Regelmäßige Konferenzen in der Zukunft für die Teilnehmenden dieser Konferenz würden sehr begrüßt und mehrere Teilnehmende hoffen auf Nachhaltigkeit bei der Weiterbearbeitung der Konferenzergebnisse.

Kommentar

Diese Zukunftskonferenz fand über zwei Tage mit einer Übernachtung statt zum Thema:
„Grenzenlos Lernen – Entwicklung einer jugendpolitischen Strategie zur Ermöglichung von Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen und zur Stärkung des Lernraums Sachsen-Anhalt".

Die Vorbereitung durch die Lenkungs- /Steuerungsgruppe nahm in dieser Länderinitiative die meiste Zeit in Anspruch, unter anderem auch dadurch verursacht, dass eine erste Phase mit interner Moderation des durch das Land beauftragten Projektkoordinators stattfand und erst später eine externe Moderation übernommen hat. Damit war beobachtbar – und auch von den Mitgliedern des Gremiums verschiedentlich thematisiert – ein höherer Zeitaufwand zur Vermittlung und Erklärung bisheriger Diskussionsprozesse verbunden.

Die Steuerungsgruppe hatte außerdem dezidiert auf Veränderungen hinsichtlich der Durchführung der Zukunftskonferenz bestanden, aber auch Kompromissbereitschaft gezeigt, damit einerseits die „Grundphilosophie" der Methode nicht verloren ging und andererseits ihre eigenen Zielvorstellungen erhalten bleiben konnten.

Die Motivation zur Teilnahme war auch hier persönlich stark durch das Thema bestimmt (69%) und auf zukünftige weitere Mitarbeit an der jugendpolitischen Entwicklung ausgerichtet (60%). Dass die Anwesenheit auch damit begründet wird, die eigene Organisation müsse vertreten sein, spielte für knapp die Hälfte der Teilnehmenden wie in allen anderen Konferenzen mit Ausnahme von einer Länderinitiative auch hier eine Rolle – dort war dies nur für rund ein Viertel der Teilnehmenden ein Grund.

In dieser Zukunftskonferenz - die einzige - gab es keine Person, die der Meinung war, ihre eigenen Anliegen und Interessen nicht hätte einbringen können: 58% vollständig und 42% etwas. Da 76% eingeschätzt haben, dass alles, was ihnen wichtig war, berücksichtigt worden ist, 60% sich so beteiligen konnten, wie sie wollten und 73% sich durch die Konferenz zusätzlich motiviert fühlen, sich verstärkt für grenzüberschreitende Mobilität einzusetzen, kann insgesamt auf eine große Zufriedenheit mit dem Konferenzverlauf geschlossen werden.

In Bezug auf alle Konferenzen entfällt der höchste Wert für Kontakt und Kommunikationsförderung durch die Methode Zukunftskonferenz mit 89% auf diese Konferenz. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung ist dies zum einen mit den durchgesetzten Modifikationen des Formates zu erklären, zum anderen aber auch mit dem praktizierten Kommunikationsstils der Moderierenden, auch wenn es dazu in den Kommentaren einige Hinweise für mehr Effektivität gibt, die sich mit den Beobachtungen während der Konferenz decken. Die Diskussionsfreude der Mitglieder der Steuerungsgruppe, die sich auch im Konferenzverlauf zeigte, hat sicher ebenfalls zu diesem insgesamt sehr positiven kommunikativen Klima beigetragen. Hingewiesen werden muss auch auf den positiven Einfluss, den die Anwesenheit von einigen Jugendlichen ausgeübt hat, weil der direkte Dialog zwischen „Machern" und „Betroffenen" in den verschiedenen Gruppenphasen unter anderem auch zu mehr erklärenden Beiträgen und klaren Sprachstilen geführt hat.

Ein Aspekt soll im Zusammenhang dieser Konferenzauswertung besonders erwähnt werden, weil er hier wie in einem weiteren Fall immanent den gesamten Vorbereitungs- und Durchführungsprozess ebenfalls positiv beeinflusst hat: Die breite Bildungs- und Politikbereiche übergreifende Zusammensetzung der Teilnehmenden, deren zunächst einziger gemeinsamer Ausgangspunkt das gemeinsame Interesse am Thema und eine ähnliche Einschätzung der Bedeutung grenzüberschreitender Mobilität von Jugendlichen zu Lernzwecken waren.

Dass Sachsen-Anhalt zu Beginn der Teilnahme am Modellprojekt gegenüber den anderen beteiligten Bundesländern den Vorteil hatte, bereits über einige wichtige Ressort übergreifend abgesicherte Jugend- und Europapolitische Positionen zu verfügen, war sicher zusätzlich Engagement fördernd, weil dadurch die weitere Handlungsplanung konkreter und realistischer angegangen werden konnte.

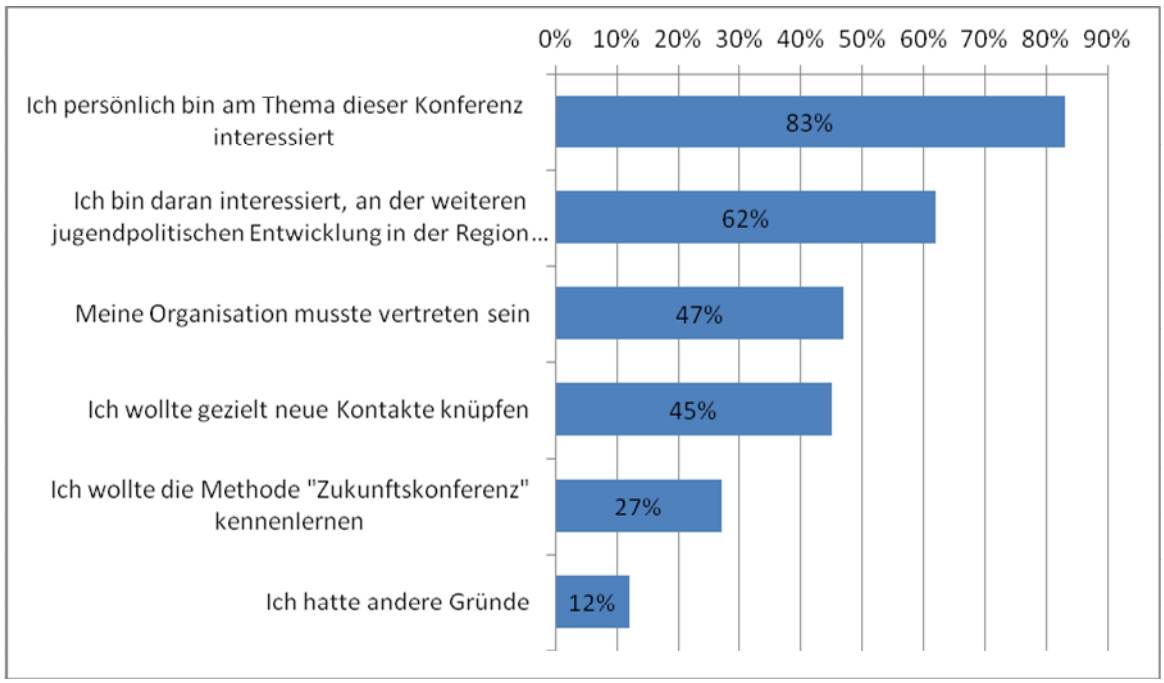
Niedersachsen

53 auswertbare Fragebögen wurden abgegeben (88% der in der Auswertungsrunde Anwesenden). Alle Prozentsätze in den Tabellen und Graphiken beziehen sich auf diese Basis.

Frage 1

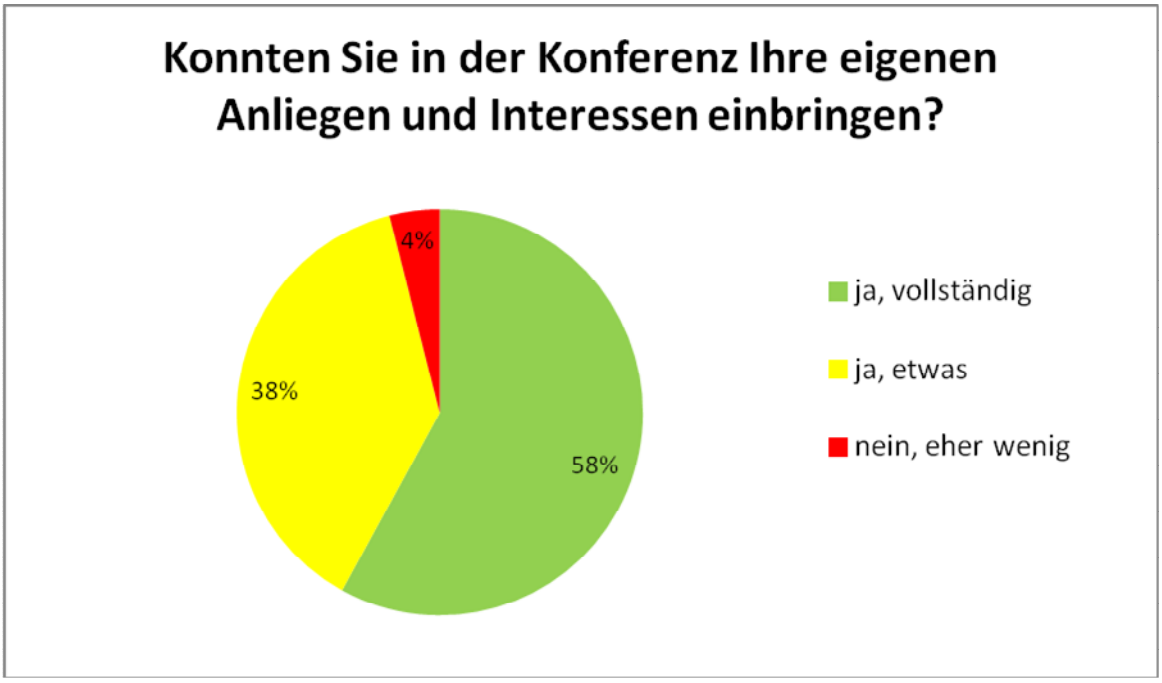
Schaubild B1

Warum haben Sie an der Zukunftskonferenz teilgenommen?



Frage 2

Schaubild B2



Frage 3

Wurde etwas, was Ihnen wichtig war, nicht berücksichtigt?

Nein, es wurde alles berücksichtigt:	68%
Ja, manches wurde nicht berücksichtigt:	26%
Keine Antwort	4%

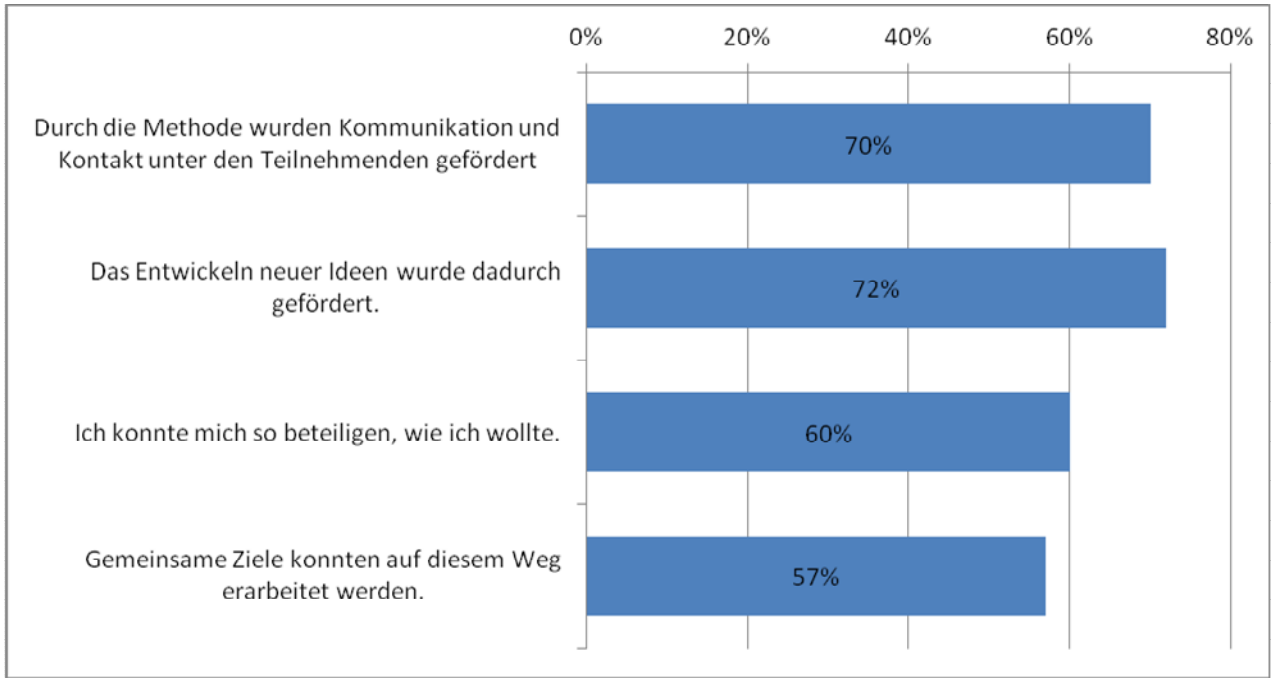
Fast alle Teilnehmenden haben ihre Antwort, dass manches nicht berücksichtigt worden sei, zusätzlich erläutert. Zwei Aspekte werden dabei mehrheitlich angesprochen. Zum einen wird die Anwesenheit der Jugendlichen bei der Konferenz erwähnt: Für sie hätte Platz im Programm geschaffen werden müssen für informellen Austausch unter ihnen selbst. Auch die Konferenzsprache sei zu fachlich und nicht jugendgerecht gewesen. Die Anwesenheit von noch mehr Jugendlichen wäre sehr begrüßt worden.

Der zweite Bereich bezieht sich auf die Inhalte der Diskussionen. Hier verweisen die Anmerkungen auf eine zu einseitige EU Zentrierung und das Fehlen von Diskussionen über grenzüberschreitende Lernerfahrungen mit außereuropäischen Ländern, über mögliche Nord-Süd-Kooperationen und zum Zusammenhang der Konferenzinhalte zur Europäischen Jugendstrategie. Auch eine von geografischen Fragen losgelöste grundsätzliche Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Lernerfahrungen wird in einem Fall vermisst, ebenso wie in einem anderen Fall mehr Diskussionen über mögliche Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Bildung in Bezug auf interkulturelle Erziehung. Vermisst wird auch die Anwesenheit von mehr Vertretern aus dem Bereich Wirtschaft / Arbeitswelt, deshalb seien diese Akteure in der Konferenz nicht genug als wichtige anerkannt worden. Dass die Jugendverbandsarbeit nicht relevant vertreten sein würde, wurde bereits in der Steuerungsgruppe bedauert und hier noch einmal betont.

Frage 4

Schaubild B3

Wie beurteilen Sie die Durchführung der Veranstaltung mit der Methode der „Zukunftskonferenz“



Frage 5

Hat die Konferenz Sie zusätzlich motiviert, sich verstärkt in Ihrem Bereich für die Förderung grenzüberschreitender Mobilität einzusetzen?

Ja 88%

Nein 10%

k.A. 2%

Die Gründe, warum die Konferenz nicht zusätzlich motiviert hat, wiederholen sich in der Tendenz in allen Länderinitiativen. So auch hier mehrere Teilnehmende, die darauf hinweisen, dass sie vorher schon genauso motiviert waren oder darauf, dass das Konferenzthema zu den Kernaufgaben ihres Arbeitsbereichs gehört. Die fünf oder sechs „Nein"-Antworten[26] sind also in dieser Konferenz nicht als Kritik am Konferenzverlauf zu interpretieren.

Weitere Einschätzungen und Anregungen zur Konferenz:

Die Mehrheit der zusätzlichen Anmerkungen bezieht sich auf das Konferenzformat und verweist auf positive wie einige weniger positive Aspekte. So werden Organisation und Ablauf der Konferenz gelobt und auch erwähnt, dass die Methode intensiv und anregend gewesen sei. Die zur Verfügung stehende Zeit wird mehrmals als zu knapp bemessen beschrieben im Hinblick auf mehr und entspannte Diskussionen, vor allem in den Gruppenphasen. Zeitdruck haben mehrere Teilnehmende als wenig hilfreich empfunden. Dezidierte methodische Kritik wird in drei Fällen geäußert und bezieht sich vor allem auf eine Arbeitseinheit in der Großgruppe sowie verschiedene Vorgehensweisen, z. Bsp. bei der Gruppenbildung.

Zum **Prozess in Niedersachsen** gibt es ebenfalls einige zusätzliche Anmerkungen. So wird z. Bsp. der Bedarf für weitere lokale Verankerung der Initiative gesehen, auch Bedarf für eine Koordinierungsgruppe, die auf Landesebene die Arbeit fortsetzt. Gleichzeitig wird auch daran erinnert, dass es bewährtes Bestehendes gibt, das es weiter zu fördern gilt und Veränderungen und Weiterentwicklungen nur in einfachen kleinen Schritten erfolgen sollten. Positiv werden die vielen neuen Kontaktmöglichkeiten bewertet. Die Konferenz habe dazu eine wichtige Starthilfe gegeben. Mehrfach wird angesprochen, dass es nun im Weiteren darum gehe muss, die Forderungen an die Politik konkret zu formulieren und die Gedanken und Ideen aus der Konferenz mehrgleisig auf Landes- wie kommunaler Ebene in konkretes Handeln umzusetzen. Mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund und mehr

[26] Da die %-Angaben gerundet sind, können es fünf oder sechs Fragebogen gewesen sein

benachteiligte Jugendliche dabei zu erreichen, wird ebenfalls als Notwendigkeit notiert.

Kommentar

Die Zukunftskonferenz zum Thema:
„Jugend bewegt sich – mehr – grenzüberschreitende Lernerfahrungen"
fand über drei Tage mit zwei Übernachtungen statt. Der Vorbereitungsprozess begann unter der Leitung der auf Landesebene beauftragten Person, eine externe Moderation übernahm nach kurzer Zeit, mit ihr wurden dann zunächst vorrangig die gewünschten Modifikationen hinsichtlich des Konferenzformates diskutiert. Die Steuerungsgruppe akzeptierte am Ende dieser Klärungsphase, sich im Wesentlichen auf das vorgeschlagene Konzept einzulassen.

Zusammensetzung der Steuerungsgruppe wie Einladungsmodus zur Konferenz erfolgten in der Perspektive, ein möglichst breites Spektrum von Akteuren aus den nicht-formalen und formalen Bildungsbereichen zu erreichen und außerdem auch Jugendliche einzubinden. Ausdrücklich wurden Personen und weniger Institutionen angesprochen. Entsprechend auch der hohe Wert von 83% für das persönliche Interesse am Thema. Politisch ausdrücklich gewollt und erfolgreich erreicht war die Einbeziehung von Migranten- und Migrantinnenselbstorganisationen – für die Durchführung dieser Konferenz ebenso ein positiv prägendes Merkmal wie die Anwesenheit zahlreicher junger Menschen.

Bis auf zwei oder drei Personen haben alle Teilnehmenden angegeben, sie hätten ihre Anliegen und Interessen vollständig (58%) oder etwas (38%) einbringen können. Für 68% wurden alles ihnen wichtige berücksichtigt und 88% fühlen sich durch die Konferenz zusätzliche motiviert, sich verstärkt für die Förderung grenzüberschreitender Mobilität einzusetzen. Dies ist deutlich der höchste Wert im Vergleich der drei Zukunftskonferenzen, die sich am ursprünglichen oder modifizierten Konzept orientiert haben und fast gleich hoch wie in dem Bundesland (90%), das ein gänzlich anderes Format gewählt hatte. Auch die Abschlussdiskussionen in der Konferenz haben diese „Aufbruchstimmung" spüren lassen. Sie ist unter anderem auch dadurch ausgelöst, dass die Teilnehmenden zu 72% angeben, dass durch die Zukunftskonferenz das Entwickeln neuer Ideen gefördert worden ist – ebenfalls der höchste Wert im Vergleich aller Veranstaltungen. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung haben die Teilnehmenden die Chance zur freien Entfaltung ihrer Ideen genutzt und die Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen und Kontexte – hier wieder vor allem die der Migrantinnen und Migranten sowie der sehr engagierten Jugendlichen – sehr wertgeschätzt. Damit erklären sich auch die sehr intensiven Kontakte und Interaktionen.

Dass sie durch die Methode „Zukunftskonferenz" gefördert worden sind, geben 70% an und ist logisch angesichts der methodischen Vorgabe, dass die Teilnehmenden alles selbst machen und sich die externe Moderation auf die Einhaltung von Zeiteinheiten und „Spielregeln" beschränkt.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Realisierung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen wird in allen beteiligten Bundesländern noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Projektzeitraum, in dem die wissenschaftliche Begleitung involviert war, kann als die wichtige Start- und erste Umsetzungsphase mit dem jeweiligen „Höhepunkt Zukunftskonferenz" betrachtet werden. Die spezifischen auf ein Land bezogenen eigenen Dokumentationen der Veranstaltungen beinhalten viele neue Ideen und Absichten im Hinblick auf die zukünftige Ausweitung und Gestaltung von Mobilitätserfahrungen junger Menschen zu Lernzwecken. Inwieweit es gelingen wird, diese Ideen und Absichten in den kommenden Monaten handlungs- und politikrelevant zu konkretisieren, wird letztlich darüber entscheiden, ob das übergeordnete Ziel des Modellprojektes einer jugendpolitischen Verankerung mit dem - zumindest auf der Ebene der beteiligten Länder - intendierten Anspruch aller jungen Menschen auf Mobilität zu Lernzwecken erreicht werden wird. Erste konkrete Vorschläge zur Umsetzung sind teilweise in den Phasen der Handlungsplanung bereits gemacht worden.

Was im einzelnen die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen konkret zu möglichen mittel- und langfristigen Wirkungen bereits beigetragen haben und weiter beitragen werden, lässt sich nicht als monokausale Wirkungen beschreiben – dazu spielen zu viele verschiedene landesspezifische Faktoren mit, die nicht alle durch die wissenschaftliche Begleitung zweifelsfrei erfasst werden konnten. Deshalb wäre es auch vermessen, ein Urteil darüber abzugeben, wie weit einzelne Bundesländer heute ohne ihre Beteiligung am Modellprojekt im Hinblick auf die Erarbeitung einer neuen jugendpolitischen Strategie wären.

Was sich aber feststellen lässt: Soweit der wissenschaftlichen Begleitung bekannt geworden, gibt es für den bisherigen Zeitraum des Modellprojektes keine ähnlichen Entwicklungen in Bundesländern, die nicht am Modellprojekt teilgenommen haben. Weiterhin sind auf der Grundlage aller im Modellprojekt generierten quantitativen und qualitativen Daten einige plausible Schlussfolgerungen gerechtfertigt, die auf bereits jetzt vorhandene Ergebnisse / Wirkungen verweisen und die dem Modellprojekt zugeordnet werden können.

1. Das BMFSFJ hat mit seiner Initiative zu diesem Modellprojekt einen wichtigen Anstoß gegeben für jugendpolitische Diskussionen, die in Bezug auf thematische Breite, Beteiligung und Ernsthaftigkeit eine neue Qualität erkennen lassen und die weitere Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik positiv befördern können.

2. Unabhängig von existierenden Umsetzungsbarrieren wird die Notwendigkeit einer fortzusetzenden systematischen Diskussion darüber, wie zukünftig mehr Möglichkeiten für grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken geschaffen werden können, vor allem auch für jene Jugendlichen, die bisher an solchen Maßnahmen aus welchen Gründen auch immer nicht partizipiert haben, im jeweiligen landespolitischen Kontext politisch ähnlich wichtig gesehen.

3. Nachdem sich einige Bundesländer die Idee einer weiteren Europäisierung und Internationalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe zu Eigen gemacht haben, ist auch eine gute Grundlage dafür geschaffen, dass die Diskussionen und weiteren Arbeitsschritte auch auf den kommunalen Ebenen aufgegriffen werden. Initiative und Unterstützung durch die jeweilige Landesebene – landespolitische Absicherung oder besser Jugendpolitische Verankerung – sind dafür aber wesentlich.

4. Das Modellprojekt trägt dazu bei, dass „das Thema Jugend" aktuell im Fokus ist und die Bedeutung einer europäischen Jugendpolitik durch die einzelnen konkreten Schritte im Kontext der Umsetzung der EU Jugendstrategie und der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik in Deutschland allmählich anerkannt wird. Für die weitere jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern beinhaltet das Modellprojekt ebenfalls positive Ansätze.

5. Dazu gehören vor allem Transfer und Reflexion der Erfahrungen und Schlussfolgerungen als Stimulus für andere Länder und weitere Planungen auf Bundesebene.

6. In der Trägerlandschaft der beteiligten Bundesländer wird das Thema „Jugend" kaum aus einer ausschließlich (sozial)pädagogischen Perspektive oder der der Jugendhilfe diskutiert, sondern die politischen Dimensionen von Jugendarbeit und Jugendhilfe werden bewusster akzeptiert und in Bezug auf zukünftige Praxis handlungsrelevant diskutiert – hier haben alle Steuerungsgruppen deutliche Zeichen gesetzt und einen neuen Diskurs begonnen. Es gilt, ihn weiter zu führen und nicht als mit der Konferenz beendet „einschlummern" zu lassen.

7. Das Modellprojekt hat zweifellos neue Impulse gegeben für zukünftig engere und systematischere Kooperationen zwischen dem nicht-formalen und dem formalen Bildungsbereich. Die Zukunftskonferenzen haben Träger, Organisationen und Strukturen aus den verschiedenen Bildungsbereichen zusammengebracht, die bis dahin kaum oder keinen Kontakt miteinander hatten und von den Tätigkeitsfeldern der Anderen sowie deren möglichen Potenzialen für eine europäische und internationale Öffnung von Jugendarbeit und Jugendhilfe im Allgemeinen und im Hinblick auf grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken im Besonderen meist wenig oder nichts wussten.

8. Das Modellprojekt trägt dazu bei, das Thema Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken sowohl Akteure als auch Bildungsbereiche übergreifend als ein aktuell jugendpolitisch wichtiges mit großem Handlungsbedarf wahrzunehmen. Der geplante Einbezug von jugendlichen Migrantinnen und Migranten und / oder auch deren Selbstorganisationen ist daher ein wichtiger Schritt gewesen, auch wenn er noch nicht überall vollzogen wurde. Alle Konferenzen haben deutlich gezeigt, dass es einen großen Nachholbedarf gibt für Erfahrungsaustausch sowie ein Bedürfnis für mehr Koordination und Nutzung vorhandener Expertise und Kompetenzen in Bezug auf Mobilität zu Lernzwecken. Ohne die Konferenzen wäre die in allen beteiligten Bundesländern dazu begonnene neue Vernetzung nicht in dieser Breite zustande gekommen. Diese neuen Kooperationsstrukturen auch institutionell zu sichern und weiter zu nutzen, wäre für die weitere Implementierung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen sehr hilfreich.

9. Das Modellprojekt hat neue Dialog- und Beteiligungsformen zwischen Praxis, Verwaltung und Politik initiiert und das Bewusstsein für die Notwendigkeit geschärft, die unmittelbar Betroffenen, nämlich junge Menschen, in diesen Dialog möglichst von Beginn an einzubeziehen. Dass nicht immer alle Prozesse idealtypisch verlaufen, ist „modellimmanent" und nicht Ausdruck von „Fehlern", denn Neues wird erprobt. Darin liegt ein großes Potenzial und eine große Chance für alle Beteiligten: Gleichberechtigt voneinander und miteinander zu lernen und zukünftige jugendpolitische Praxis partizipativ zu gestalten. Dies wird womöglich auch der größte nachhaltige Nutzen dieses Modellprojektes sein.

10. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung hätte zur weiteren Optimierung der Durchführung des Modellprojektes eine dem konkreten Projektzeitraum vorgeschaltete Phase von weiteren ca. sechs Monaten beigetragen, in der auf Landesebene - durch die jeweilige Leitungsebene abgesichert - eine Beteiligung der verschiedenen Ressorts hätte vorbereitet werden können, die

in irgendeiner Weise mit dem Thema „Jugend" befasst sind. Zu dieser Vorbereitung sollte auch die Erarbeitung einer ersten dann gemeinsam erreichten Standortbestimmung in Bezug auf das Thema des Modellprojektes gehören, was der Erreichung des angestrebten Ziels einer Jugendpolitischen Verankerung sicher sehr dienlich wäre. Wenn dies alles erst mit Beginn des Modellprojektes eingeleitet wird, ist ein Jahr zu kurz. In jedem Fall sollte der gesetzte Zeitraum für ein Modellprojekt wie dieses angesichts der Komplexität der betroffenen Politik- und Handlungsfelder für alle beteiligten Bundesländer von gleicher Dauer und nicht zu knapp bemessen sein.

11. Der Bund als Initiator sollte sowohl in solcher Vorlauf- als auch der Durchführungsphase präsenter Ansprechpartner sein und diese Präsenz auch zeigen, ohne die Eigenständigkeit der betroffenen Länder damit zu beeinflussen. Eine Möglichkeit wäre die Übernahme einer Kommunikation und Erfahrungsaustausch koordinierenden Funktion, gemeinsam mit von den betroffenen Ländern jeweils Beauftragten und für den gesamten Zeitraum des Vorlaufs und der Durchführung des Modellprojektes.
    Dies würde auch nach außen sichtbar machen, dass es sich um ein Bund-Länder-Modellprojekt handelt. Bei einem Themenfeld wie in diesem Modellprojekt sollte außerdem versucht werden, möglichst alle betroffenen Ebenen in einer „institutionalisierten" Form in eine solche Koordinierungsgruppe einzubinden – hier wären neben den bereits gut eingebundenen Trägern der Jugendarbeit und Jugendhilfe in erster Linie die kommunalen Vertreter, aber auch die aus Wirtschaft und Arbeitswelt zu nennen. Wenn eine wissenschaftliche Begleitung geplant ist, sollte diese spätestens mit Beginn der vorgeschlagenen Vorlaufphase beteiligt werden.

12. Wenn sich der Bund für eine Projektleitung externen Sachverstandes bedient, sollten die Aufgabenteilung und Verantwortlichkeiten zwischen genereller politischer Gesamtverantwortung für das Modellprojekt (Bund) und inhaltlich beratender und organisatorisch-administrativ unterstützender Expertise von außen (Agentur) a) eindeutig festgeschrieben werden, b) allen Beteiligten auch kommuniziert werden und c) gemäß der Festschreibung ausgeübt werden.

13. Es wäre lohnenswert, grundsätzlich zu diskutieren, in wie weit es hilfreich ist, für ein Modellprojekt wie dieses doch relativ weitreichende Vorgaben hinsichtlich der Durchführung zu machen. Angesichts sehr unterschiedlicher länderspezifischer Rahmenbedingungen hätten aus unserer Sicht verbindliche gemeinsame Ziel- und Zeitvereinbarungen ausgereicht. In jedem Fall sollte vor Beginn eines Modellprojektes allen zur Beteiligung Eingeladenen eindeutig klar

sein, worauf sie sich einlassen werden. In diesem Projekt war es nicht allen Beteiligten sofort zu Beginn klar, ob es sich um ein vorgegebenes Modell handelt, das möglichst von allen Beteiligten in gleicher Weise durchgeführt wird oder um ein Modell, mit dem zwar ein gemeinsames Ziel erreicht werden soll, aber konzediert, dass die Wege zum Ziel vielfältig und verschieden sein können. In jedem Fall sollte darauf geachtet werden, dass Rahmenbedingungen und Formate keinen einschränkenden oder negativen Einfluss auf eine inhaltliche Ausgestaltung nehmen. Mischformen oder Kursänderungen während der Durchführung „verwässern" den Modellcharakter und verringern die Möglichkeiten, möglichst klare Schlüsse aus einem Projekt ziehen zu können.

14. Von einem Modellprojekt wird erwartet, dass es zu etwas Neuem beiträgt. In Bezug auf eine zukünftige weitere Öffnung und Europäisierung / Internationalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe hat dieses Projekt zahlreiche Anstöße geliefert und Impulse gegeben. In Bezug auf den dahinter stehenden jugendpolitischen Anspruch: „Grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen zu Lernzwecken für alle jungen Menschen" gibt es aus unserer Sicht weiteren Diskussionsbedarf zu der Frage, wie der Anspruch „für alle jungen Menschen" durch solch ein Modellprojekt am besten eingelöst werden kann. Auch wenn in diesem Projekt Jugendliche als unmittelbar Beteiligte zunächst nicht vorgesehen waren, wurde deren Mitwirkung in drei der vier Initiativen übereinstimmend als große Bereicherung empfunden. Es ließ sich aber auch schlussfolgern, dass im Fall einer zukünftigen systematischen Beteiligung von Jugendlichen inhaltliche Gewichtung und didaktische Planung in einem Modellprojekt wahrscheinlich differenzierter sein müssten. Vor allem in Bezug auf den geäußerten politischen Wunsch aller beteiligten Bundesländer, den Fokus stärker auf diejenigen Jugendlichen richten zu wollen, die bisher außen vor geblieben sind, sind „Mittelschicht" orientierte Veranstaltungsformen wie die im Modell angewandten weniger geeignet, sie unmittelbar in solch einem Prozess aktiv zu beteiligen. Letztendlich ist im Grundsatz vorab zu entscheiden und gibt es jeweils gute Gründe dafür und dagegen: Machen wir mit diesem Projekt etwas mit Jugendlichen oder für Jugendliche und welche Jugendliche sollen im Fokus stehen?

15. Um die letzte Frage möglichst sachgerecht beantworten zu können und angesichts der europaweiten Bedeutung, die dem Themenfeld „Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken" zugesprochen wird, sollte mit Nachdruck daran gearbeitet werden, die Datenlage zum Ist-Stand von Mobilität zu

Lernzwecken in den betroffenen Politikfeldern in allen Bundesländern zu verbessern.

16. Ein Modellprojekt wie dieses verdient von Beginn an öffentliche Aufmerksamkeit, weil im weitesten Sinn Neuland begangen wird und wie im vorliegenden Fall viele junge Menschen, aber auch Träger und potenzielle neue Akteure betroffen sind. Solche Aufmerksamkeit erreicht man höchstens zufällig und punktuell, wenn sie nicht intendiert als Teil des Modells mit im Blick ist. Eine entsprechende Website, ein jugendgerecht gestaltetes Internetportal mit Links im ganzen Land oder auch die Nutzung anderer Kommunikationsformen von Jugendlichen könnten sehr viel Aufmerksamkeit und neues Interesse für das Themenfeld wecken.

17. Auch wenn dieses Modellprojekt auf einen engen Zeitraum begrenzt ist, sollte überlegt werden, wie vor allem der Prozess der noch ausstehenden jugendpolitischen Verankerung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen in den Modellländern durch das BMFSFJ und die Projektleitung weiter begleitet werden kann, weil genau in dieser Verankerung das eigentliche Innovationspotenzial des Modellprojektes liegt.

18. Es wäre wünschenswert und u.a. auch der weiteren Umsetzung der EU Jugendstrategie dienlich, wenn sich mehr Bundesländer dieser Thematik annehmen und auf den Weg machen. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, ob und wie der Bund nach Abschluss dieses Modellprojektes weiterhin Hilfestellung und Unterstützung bereitstellen kann. Ein erster Schritt sollte von einem Bundesland ausgehen, nachdem dort geklärt ist, welche Ressourcen vorhanden und selbst eingebracht werden können, denn die Erfahrungen aus diesem Modellprojekt zeigen, dass nur erfolgreich sein kann, wer den Aufwand kennt und ihn der Sache wegen akzeptiert.

Empfehlungen für Bundesländer

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Modellprojekt „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen" werden nachfolgende Anregungen für Bundesländer gegeben, wenn sie eine länderspezifische Entwicklungsinitiative planen.

1. Eine länderspezifische Entwicklungsinitiative für grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken zu planen, vorzubereiten und umzusetzen beinhaltet viel Potenzial für einen neuen jungendpolitischen Diskurs, der sowohl die Umsetzung der EU Jugendstrategie als auch die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik im jeweiligen landespolitischen Kontext befördern und qualitativ weiterentwickeln kann. Vor allem können durch eine länderspezifische Entwicklungsinitiative neue Impulse gegeben werden, konkret mehr Möglichkeiten für Jugendliche zu schaffen, die bisher an grenzüberschreitenden Mobilitätsmaßnahmen zu Lernzwecken, aus welchen Gründen auch immer, nicht partizipiert haben.

2. Eine länderspezifische Entwicklungsinitiative bietet die Möglichkeit, das Thema Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken sowohl Akteure als auch Bildungsbereiche übergreifend als ein sowohl jugendpolitisch aktuelles wie auch Zukunft bezogenes wichtiges Querschnittthema mit großem Handlungsbedarf für neue und innovative Kooperationen zwischen den formalen Bildungsbereichen und den durch nicht-formales und informelles Lernen gekennzeichneten Bereichen der Jugendarbeit und Jugendhilfe ins öffentlich-politische Bewusstsein zu bringen und prioritär umzusetzen.

3. Eine länderspezifische Entwicklungsinitiative zielt auch auf die notwendige weitere Europäisierung und Internationalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe im Land und bietet die Möglichkeit, das neue EU Programm ERASMUS+ auch dafür landespolitisch zu nutzen. Eine Entwicklungsinitiative schafft gleichzeitig gute Grundlagen dafür, dass die Diskussionen, Maßnahmen und weiteren Arbeitsschritte auf allen Ebenen – vor allem auch auf der kommunalen - aufgegriffen und umgesetzt werden können. Eine Voraussetzung ist allerdings, dass neue Dialog- und Beteiligungsformen zwischen Praxis, Verwaltung und Politik landespolitisch gewünscht sind und strukturell etabliert und unterstützt werden.

4. Es müssen gleichberechtigte Partizipationschancen der unmittelbar Betroffenen – junge Menschen – in diesem Beteiligungsprozess geschaffen werden. Dazu sind neben den „klassischen" Jugendvertretungsgremien und Verbänden auch diejenigen Organisationen und Netzwerke einzubinden, die vor allem in Kontakt sind mit jenen jungen Menschen, die bisher weniger oder

keine Zugänge zu Mobilitätsprogrammen finden konnten oder finden wollten. Die Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten spielen nach den Erfahrungen aus dem Modellprojekt eine wesentliche positive Rolle im Prozess der Entwicklung und im Hinblick auf die Ermöglichung einer breiteren aktiven Beteiligung dieser Zielgruppen. Das gleiche gilt für Handwerk und Wirtschaft, auch der Jugend- und Jugendberufshilfe, ohne deren Beteiligung keine substanzielle qualitative und quantitativen Veränderungen des Status Quo zur Mobilität möglich sind.

5. Eine länderspezifische Entwicklungsinitiative kann nur dann erfolgreich sein und nachhaltig wirken, wenn sie zu Beginn landespolitisch abgesichert wird und eine spätere jugendpolitische Verankerung der Ergebnisse des Entwicklungsprozesses Ressort übergreifend vereinbart wird. Eine Beteiligung der verschiedenen Ressorts, die in irgendeiner Weise mit dem Thema „Jugend" befasst sind, ist für eine Praxis relevante jugendpolitische Verankerung unabdingbar. Dies alles braucht angesichts der Komplexität der betroffenen Politik- und Handlungsfelder Zeit, vor allem für die Vorbereitung und Ausarbeitung des Länderspezifischen eines solchen Projektes.
   Zu dieser Vorbereitung sollte auch die Erarbeitung einer ersten gemeinsam erreichten Standortbestimmung in Bezug auf das Thema der Initiative gehören. Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zeigen, dass ein Zeitraum von zwei Jahren für Planung, Vorbereitung und Umsetzung einer Aktivität, die mit konkreten Plänen und Handlungsschritten für die Zeit danach endet, dafür mindestens erforderlich ist.

6. Der gesamte Prozess einer länderspezifischen Entwicklungsinitiative sollte von einer Steuerungs- oder Planungsgruppe begleitet werden, in der sowohl die verschiedenen Politik- und Bildungsbereiche wie auch die verschiedenen Trägertypen und Jugendliche möglichst gleichwertig vertreten sind. Dieses Gremium sollte von zwei Personen koordiniert werden, die dazu ein „landespolitisches Mandat" im Sinn der politischen Gesamtverantwortung für die Initiative haben und sowohl den nicht-formalen wie den formalen Bildungsbereich vertreten. Als sehr hilfreich hat sich das Vorhandensein organisatorisch-administrativer Unterstützung für den gesamten Prozess erwiesen. Es bietet sich an, auch auf vorhandene Expertise zurück zu greifen, die in den am Modellprojekt beteiligten Bundesländern erworben worden ist.

7. Die Steuerungs- oder Planungsgruppe sollte weitgehend frei von bereits vorentschiedenen Vorgaben arbeiten können. Allerdings braucht es verbindliche gemeinsame Ziel-, Zeit- und Ressourcenvereinbarungen, die zu Beginn der Arbeit festgelegt werden sollten.

Auch sollte vor Beginn des Prozesses allen zur Beteiligung in diesem Gremium Eingeladenen eindeutig klar sein, worauf sie sich einlassen werden. Möglichst wenig Fluktuation der Mitarbeitenden in diesem Gremium ist für einen effizienten Arbeitsprozess sehr hilfreich. Organisatorische Gestaltung und kommunikative Ausrichtung der Arbeit der Steuerungs- oder Planungsgruppe sollten sich an der konkreten Zusammensetzung der Gruppe orientieren, um einen offenen, aber zielgerichteten Diskurs zu ermöglichen.

8. Eine länderspezifische Entwicklungsinitiative zum Themenfeld „Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken", dem mittlerweile auch europaweite Bedeutung zugesprochen wird, braucht konkrete, auf das Land bezogene Daten zum Ist-Stand von Mobilität zu Lernzwecken in den betroffenen Politik- und Bildungsfeldern, um den gewünschten Soll-Zustand, die Zielvereinbarung, konkret einschließlich der zu ergreifenden Maßnahmen und zu gestaltenden Rahmenbedingungen planen zu können. Idealerweise liegen diese Informationen zu Beginn der Arbeit der Steuerungs- oder Planungsgruppe vor, was den gesamten Prozess je nach Datenlage in einem Bundesland um weitere ca. 6 Monate verlängern kann.

9. Eine länderspezifische Entwicklungsinitiative verdient von Beginn an öffentliche Aufmerksamkeit, weil im weitesten Sinn Neuland begangen wird und viele junge Menschen, aber auch Träger und potenzielle neue Akteure betroffen sind. Solche Aufmerksamkeit erreicht man höchstens zufällig und punktuell, wenn sie nicht intendiert als Teil der Initiative mit im Blick ist. Eine entsprechende Website, ein jugendgerecht gestaltetes Internetportal mit Links im ganzen Land oder auch die Nutzung anderer Kommunikationsformen von Jugendlichen können sehr viel Aufmerksamkeit und neues Interesse für das Themenfeld wecken.

10. Eine länderspezifische Entwicklungsinitiative erfolgreich zu gestalten, bedarf auch eines großen Engagements aller Akteure. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Modellprojekt real eingeschätzt, entsteht dieses Engagement nur aus der Überzeugung für die Notwendigkeit von mehr Möglichkeiten für grenzüberschreitende Lernmöglichkeiten und für möglichst alle Jugendlichen und nicht aus vordergründigen institutionellen oder finanziellen Interessen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass in der ganzen Breite der Vielfalt der Träger, Organisationen und Verbände aus allen Bildungssektoren dieses Engagement eingegangen wird, wenn die Politik sich eindeutig positioniert und die Ernsthaftigkeit der Ziele der Entwicklungsinitiative im Hinblick auf nachhaltige Verankerung und Umsetzung der Ergebnisse kommuniziert.

Checkliste

„Übertragbare Kriterien"
aus den länderspezifischen Entwicklungsinitiativen

Vorbereitungsphase:

1. Konzeptentwicklung
   a) Grundlegende Zielsetzungen:
      - Umsetzung europäisch - jugendpolitischer Rahmensetzungen (EU-Jugendstrategie)
      - Flankierung durch einen landespolitischen Prozess
      - *formal:* jugendpolitische Verankerung des Anspruchs auf grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen
      - *materiell:* Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen

   b) Ergänzende konzeptionelle Klärungen verbindlich herstellen:
      - zu regionalen Zielsetzungen,
      - zu Schwerpunkten,
      - zu Zielgruppen,
      - zum Prozess einer jugendpolitischen Verankerung,
      - zum Mobilitätsverständnis,
      - zum Beteiligungsverfahren und Diskussionsformaten,
      - zum Einbeziehen von Expert(inn)en,
      - zu einer Datenanalyse „grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen"
      - zur Sektor übergreifenden Kooperation (nichtformale und formale Bildung)
      - zum Einbeziehen verschiedener Ebenen (kommunal, Land)
      - zur Einrichten einer Steuerungsgruppe

   c) Bereitstellen von Ressourcen
      - Humanressourcen administrative Ebene/ politische Ebene,
      - Geld,
      - Zeit und Raum,
      - externe Begleitung (Prozessmoderation, Prozessbegleitung, ...)
      - andere Landesressourcen,
      - Mittel und Material für eine Datenanalyse „grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen",
      - wissenschaftliche Begleitung des Prozesses auf Länderebene

2. Herstellen eines politischen Beschlusses zur Projektdurchführung auf BL-Ebene

Durchführungsphase:

1. Festlegen operativer Schritte
   - Zeitplanung
   - Einrichten und Arbeitsaufnahme einer Steuerungsgruppe
   - Erstellen einer Datenanalyse „grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen"
   - Herstellen erforderlicher Beteiligungsverfahren und Diskussionsformate
   - Einbeziehen von Expert(inn)en
   - Einbeziehen verschiedener Ebenen (Kommunen, Land)
   - Prozess der jugendpolitischen Verankerung
   - Umsetzung und Planung materieller Elemente zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen im Bundesland

2. Durchführen der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative nach Planung zu 1.

3. begleitende Öffentlichkeitsarbeit

4. wissenschaftliche Begleitung

Auswertungsphase:

1. Durchführen einer jugendpolitischen Konferenz zur Auswertung der Ergebnisse

2. Darstellen des Prozesses

3. Weiterentwicklung der Planung und Umsetzung materieller Elemente zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen im Bundesland

Anhang

Anhang 1: Kriterien für die länderspezifischen Entwicklungsinitiativen, vorgestellt bei der Auftaktveranstaltung Dezember 2012

Anhang 2: Fragebogen für die Mitglieder der Steuerungsgremien

Anhang 3: Leitfragen für Auswertungsgespräch mit den Steuerungsgruppen

Anhang 4: Übersicht zum Verfahren der Zukunftskonferenz

Anhang 5: Fragebogen für die Teilnehmenden der Zukunftskonferenzen

ANHANG 1

Modellprojekt – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen
Kriterien für die länderspezifischen Entwicklungsinitiativen

Modellprojekt – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen

Kriterien für die länderspezifischen Entwicklungsinitiativen

Folgende Kriterien dienen der Orientierung bei der Gestaltung der länderspezifischen Entwicklungsinitiativen:

1. Projektaufbau

- **Zeitlicher Rahmen**
  Die teilnehmenden Bundesländer erklären sich bereit, eine breit angelegte Debatte möglichst vieler Beteiligter der Jugendpolitik, der pädagogischen Praxis und betroffener junger Menschen zum Lernen durch grenzüberschreitende Mobilität als Prozess zu beginnen, durchzuführen und bis Juni 2014 abzuschließen. Prozess und Gestaltung der länderspezifischen Entwicklungsinitiativen und ein Ergebnistransfer werden mit den beteiligten Akteuren in den teilnehmenden Bundesländern zwei Jahre nach Abschluss ausgewertet.

- **Kernziele der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative**
  Die für den Prozess der länderspezifischen Entwicklungsinitiative handlungsleitenden Kernziele sind,

  - mehr jungen Menschen Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität zu ermöglichen,
  - das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität jugendpolitisch zu verankern (Strategie),
  - Synergieeffekte der Jugendhilfe für ein Mehr an grenzüberschreitender Mobilität zu nutzen und Mobilitätshindernisse positiv zu wenden,
  - Bereits bekannte positive Beispiele zur Steigerung grenzüberschreitender Mobilität bekannt zu machen,
  - konkrete Schritte und Maßnahmen in den beteiligten Bundesländern zu beginnen.

- **Politische Absicherung der Beteiligung**
  Die Beteiligung von Bundesländern am Prozess der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative muss auf Landesebene politisch bestätigt und abgesichert werden. Darüber hinaus sind verbindliche Zusagen zur Umsetzung der Ergebnisse zu treffen.

- **Mehrebenen-Ansatz**
  Die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen sind auf Landesebene angelegt; bei der Strategieentwicklung gilt es jedoch, die unterschiedlichen Ebenen (kommunale Ebene, Bundesebene) im Blick zu behalten und diese, soweit möglich, strategisch einzubeziehen.

- **Sektorübergreifender Ansatz**
  Die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen sprechen ein möglichst breites Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe, sowie angrenzende Politikfelder bei der Gestaltung und Umsetzung der Ziele des Modellprojektes an.

- **Subjektorientierter Ansatz**
  Das Konzept für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik benennt drei Herausforderungen, denen sich eine Eigenständige Jugendpolitik annehmen muss:
  - Faire Chancen
  - gelungene Ressourcenaufteilung von Zeit und Räumen und
  - Perspektiven für die Zukunft.

  Das Modellprojekt deckt diese Ziele ab und ist Bestandteil der Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik.

2. Durchführung

- **Steuerungsgremien**
  Die beteiligten Bundesländer richten Steuerungsgremien ein. Diese bilden das ganze System derjenigen Menschen ab, die an der jugendpolitischen Verankerung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität zu beteiligen sind. Das sind Menschen mit Entscheidungsbefugnissen, Menschen mit Fachwissen, Jugendarbeiter(innen), Lehrer(innen), Eltern, Menschen mit Ressourcen, junge Menschen etc. Diese Menschen sollen auch aus anderen Sektoren außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe kommen.

- **Aufgaben der Steuerungsgremien**
  Die möglichst heterogen zusammengesetzten Steuerungsgremien haben die Verantwortung für die weitere Planung und Ausgestaltung der Länderspezifischen Entwicklungsprozesse. Dazu gehört ein länderspezifisches Ziel (Bedarfe, Erfordernisse, strategische Notwendigkeiten, inhaltliche Schwerpunkte) zu formulieren, die zu beteiligenden Zielgruppen, die das ganze System abbilden, zu definieren und sicher zu stellen, dass die entwickelte länderspezifische Entwicklungsinitiative verbindlich wird.

- **Ist-Stand-Analyse**
  Die beteiligten Bundesländer werden die bestehenden Angebote grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen zu Prozessbeginn sichten und einordnen.

- **Individuelle Schwerpunktsetzung**
  Entlang der Kernziele der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen definieren die beteiligten Bundesländer länderspezifische Ziele (Bedarfe, Erfordernisse, strategische Notwendigkeiten, inhaltliche Schwerpunkte), die im Projektzeitraum prozesshaft bearbeitet werden.

- **realistische Ziele setzen**
  Die in den beteiligten Bundesländern erarbeiteten Ziele sollen die Umsetzbarkeit des Geplanten im Blick behalten und smart sein: spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und terminierbar.

- **Umsetzungsformat: Teilhabe sicher stellen**
  Die beteiligten Bundesländer wählen eine passende Methode (z. B. Zukunftskonferenz) zur Bearbeitung der länderspezifischen Fragestellungen und beteiligen an dem Prozess möglichst alle Menschen, die mit Entscheidungsbefugnissen, Menschen mit Fachwissen, Eltern, Menschen mit Ressourcen, junge Menschen etc. zur jugendpolitischen Verankerung der Zielsetzungen beitragen werden. Diese Menschen sollen auch aus anderen Sektoren außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe kommen.

- **Prozessbegleitung und Adaptierbarkeit**
  Den beteiligten Bundesländern liegt ein chronologischer Orientierungsrahmen (idealtypischer Verlauf einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative) vor. Dieser wird von den beteiligten Bundesländern angepasst an die inhaltlichen Ziele, Bedarfe und Gegebenheiten. Die Prozesse der länderspezifischen Entwicklungsinitiativen werden durch die Projektträger (JfE und IJAB) begleitet und unterstützt.

- **Länderübergreifender Austausch**
  Die beteiligten Bundesländer erklären sich bereit, im Prozess miteinander zu kooperieren, sich auszutauschen und nutzen den Wissensgewinn und -transfer.

- **Neue Kooperationsformen und Netzwerke**
  Die Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen etablieren neben derzeit aktiven auch neue strategische Kooperationen und Kooperationsformen für mehr Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen dadurch, dass neue Personen und Institutionen angesprochen werden, die bislang noch nicht im Themenfeld grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken tätig waren, jedoch ein inhaltliches Interesse am Thema mitbringen.

3. Ergebnisse

- **Zentrale Strategie**
  Die Ergebnisse und Umsetzungsschritte werden in einem Dokument schriftlich fixiert.

- **Ergebnissicherung auf Landesebene**
  Die zentralen Ergebnisse und Umsetzungsschritte werden den jugendpolitisch Verantwortlichen in den beteiligten Bundesländern übermittelt und jugendpolitisch abgesichert. Auch die strategische Beteiligung und die Übertragbarkeit auf die kommunale Ebene wird sichergestellt.

- **Ergebnissicherung auf Bundesebene**
  Die Ergebnisse der länderspezifischen Entwicklungsinitiativen werden durch die Prozessbegleitung in die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Umsetzung der EU Jugendstrategie eingebracht sowie anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt.

- **Öffentlichkeitswirksame Darstellung der Ergebnisse**
  Die Ergebnisse der länderspezifischen Entwicklungsinitiativen werden im Rahmen einer gemeinsamen Abschlusskonferenz öffentlich dargestellt.

- **Unterstützung wissenschaftliche Begleitung**
  Die beteiligten Bundesländer arbeiten mit der wissenschaftlichen Begleitung zusammen und nehmen an regelmäßigen Befragungen teil.

ANHANG 2

Fragebogen für die Mitglieder der Steuerungsgremien

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen"

Bitte nehmen Sie sich einen Moment Zeit, um uns ein Feedback zur Arbeit der Steuerungsgruppe des Modellprojektes zu geben. Vielen Dank!

1. Bitte nennen Sie uns den wichtigsten Grund / die wichtigsten Gründe, warum Sie in dieser Gruppe mitgearbeitet haben. *(Bitte maximal drei Gründe nennen.)*

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

2. Konnten Sie Ihre Vorstellungen einbringen?

Ja, vollständig	Ja, teilweise	Nein, eher wenig	Nein, überhaupt nicht
□	□	□	□

3. War die Zusammensetzung der Gruppe im Hinblick auf Planung und Umsetzung des Modellprojektes angemessen?

□ ja □ nein, weil:
.....
.....

4. Wie gut hat die Gruppe Ihrer Meinung nach die Zukunftskonferenz vorbereitet?

Sehr gut	Eher gut	Weniger gut	schlecht
□	□	□	□

Wenn Sie Ihre Einschätzung kommentieren möchten:

.....

.....

.....

5. Wie hat die externe Moderation das Entstehen der Arbeitsergebnisse befördert?

Sehr gut	Meist gut	Weniger gut	Gar nicht
□	□	□	□

Wenn Sie Ihre Einschätzung kommentieren möchten:

.....

.....

.....

6. Werden Sie oder Ihre Organisation am Umsetzungsprozess nach der Zukunftskonferenz weiter mitarbeiten?

□ Ja, ich selbst arbeite weiter mit.
□ Nein, ich nicht, aber meine Organisation arbeitet weiter mit.
□ Nein, wir arbeiten nicht weiter mit.
□ Wir entscheiden das nach der Konferenz.

Wenn Sie Ihre Entscheidung kommentieren möchten:

.....

.....

.....

7. Erwarten Sie innerhalb der nächsten vier Jahre jugendpolitische Impulse aus diesem Modellprojekt im Hinblick auf mehr grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken?

□ ja □ nein, aus folgendem Grund:

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Anmerkung: In einer Fragebogenversion entfällt in Frage 5. das Wort „externe"

ANHANG 3

Leitfragen für Auswertungsgespräch mit den Steuerungsgruppen

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen"

Laut der Kriterien haben die Steuerungsgremien die Verantwortung für die Planung und Ausgestaltung der Länderspezifischen Entwicklungsprozesse einschließlich Zielformulierung, Festlegung der Zielgruppen, Wählen einer passenden Methode und Sorge tragen für Verbindlichkeit der Ergebnisse.

1. Hat die Gruppe diese Verantwortung übernommen?

2. Welchen Einfluss haben / hatten die Orientierungsvorgaben des Bundes
(in den Kriterien formuliert, bei der Auftaktveranstaltung im Dezember in Berlin kommuniziert, durch die Projektleitung regelmäßig in Erinnerung gerufen)?

Ebenfalls in den Kriterien formuliert, sollen die Steuerungsgremien möglichst das ganze System derjenigen Menschen abbilden, „die an der jugendpolitischen Verankerung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität zu beteiligen sind".

3. Hat die Gruppe Ihrer Meinung nach eine gemeinsame Strategie im Hinblick auf das Ziel „jugendpolitische Verankerung" verfolgt?

4. Wie bewertet die Gruppe das Kriterium „Sektorübergreifender Ansatz" für die Gestaltung und Umsetzung des Modellprojektes?

5. Wie bewertet die Gruppe das Verhältnis zwischen den Aspekten Reflexion, Innovation und praktischen Fragen (Organisation)?

6. Wenn die Gruppe heute beginnen würde, gäbe es vor dem Erfahrungshintergrund in dieser Gruppe irgendwelche Veränderungen?

Danke für Ihre Mitwirkung!

ANHANG 4

Übersicht zum Verfahren der Zukunftskonferenz

Verfahren der Zukunftskonferenz

Grundprinzipien der Zukunftskonferenz

- Planungsinstrument für Großgruppen
- Anwendung: Die Zukunft gemeinsam entwerfen und planen
- am Ende entstehen Aktionspläne für eine gemeinsam abgestimmte Zukunftsgestaltung
- das System in Gänze beteiligen
- neben einem Querschnitt der in einer Organisation lebenden, gestaltenden, arbeitenden Menschen sind wichtige externe Interessengruppen zu berücksichtigen
- global denken, lokal handeln
- die Teilnehmenden arbeiten in selbststeuernden Gruppen
- eine Steuerungsgruppe aus 6 bis 8 Beteiligten einrichten

Schritt 1: Vereinbarung zur Durchführung einer Zukunftskonferenz treffen

Schritt 2: Bilden einer Steuerungsgruppe

- Arbeitsgruppe aus 6 bis 8 Personen, die die Heterogenität der Teilnehmer(innen)schaft wiederspiegelt
- paritätisch je eine Person der relevanten Interessengruppe

Schritt 3: Vorbereitung einer Zukunftskonferenz (4 bis 8 Monate)

Aufgaben der Steuerungsgruppe (unterstützt durch externe Begleitung)

- Vorbereiten der Konferenz
- Organisation der Zusammenarbeit
- Festlegung auf ein zu bearbeitendes Thema
- Bestimmung und Auswahl der wichtigsten Interessengruppen
- Auswahl und Einladung der Teilnehmenden
- Durchführung der Konferenz
- logistische Unterstützung der Konferenz
- Begleitung der Projektinitiativen
- Nachbereitung der Zukunftskonferenz

Schritt 4: Durchführung der Zukunftskonferenz

- die Teilnehmenden repräsentieren die 8 wichtigsten Interessengruppen
- aus jeder Interessengruppe werden 8 Teilnehmende eingeladen, so dass idealerweise 64 Personen teilnehmen (Sicherstellen von Heterogenität)
- nach Ablaufplan 16 Stunden gemeinsame Arbeit an 2,5 Tagen

- Arbeit in 4 Phasen: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft und Handlungsplanung

Ablauf einer Zukunftskonferenz

- Externe Begleitung und Moderation
- Vier-Schritte-Ablauf:
  1. Rückblick in die **Vergangenheit**, Analyse externer - positiver wie negativer - Trends
  2. Bewertung der **gegenwärtigen Situation**
  3. der Entwicklung gewünschter **Visionen,** Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten
  4. der **Planung von konkreten Maßnahmen**.

ANHANG 5

Fragebogen für die Teilnehmenden der Zukunftskonferenzen

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen"

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz,

bitte nehmen Sie sich einen Moment Zeit und teilen Sie uns Ihre Meinung und Ihre Einschätzungen zu dieser Veranstaltung mit.

Vielen Dank!

1. Warum haben Sie an der Zukunftskonferenz teilgenommen?
(Bitte kreuzen Sie alle Antworten an, die zutreffen.)

□ Meine Organisation musste vertreten sein.
□ Ich persönlich bin am Thema dieser Konferenz interessiert.
□ Ich wollte die Methode „Zukunftskonferenz" kennen lernen.
□ Ich wollte gezielt neue Kontakte knüpfen.
□ Ich bin interessiert, an der weiteren jugendpolitischen Entwicklung der Region mitzuwirken.
□ Andere Gründe waren mir wichtig, nämlich:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

2. Konnten Sie in der Konferenz Ihre eigenen Interessen und Anliegen einbringen?

Ja, vollständig	Ja, etwas	Nein, eher wenig	Nein, überhaupt nicht
□	□	□	□

3. Wurde etwas, das Ihnen wichtig war, nicht berücksichtigt?

□ nein □ ja, nämlich:

.....

.....

.....

.....

4. Wie beurteilen Sie die Durchführung dieser Veranstaltung mit der Methode „Zukunftskonferenz"?

(Bitte kreuzen Sie alle Antworten an, die zutreffen.)

□ Ich konnte mich so beteiligen, wie ich wollte.
□ Durch die Methode wurden Kommunikation und Kontakt unter den Teilnehmenden gefördert.
□ Ein gemeinsames Ziel konnte auf diesem Weg erarbeitet werden.
□ Das Entwickeln neuer Ideen wurde dadurch gefördert.

5. Hat die Konferenz Sie zusätzlich motiviert, sich verstärkt in Ihrem Bereich für die Förderung grenzüberschreitender Mobilität einzusetzen?

□ ja □ nein, aus folgenden Gründen:

.....

.....

.....

.....

.....

Bitte nutzen Sie diesen Platz, wenn Sie uns weitere Einschätzungen und Anregungen zum Modellprojekt „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen" zukommen lassen wollen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Anmerkung: In einer Veranstaltung wurde wegen des veränderten Formates ein modifizierter Fragebogen eingesetzt – siehe nächste Seite!

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen"

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz,

bitte nehmen Sie sich einen Moment Zeit und teilen Sie uns Ihre Meinung und Ihre Einschätzungen zu dieser Veranstaltung mit.

Vielen Dank!

1. Warum haben Sie an der Zukunftskonferenz teilgenommen?
(Bitte kreuzen Sie alle Antworten an, die zutreffen.)

□ Meine Organisation musste vertreten sein.
□ Das generelle jugendpolitische Ziel der Konferenz „grenzüberschreitende Mobilität für alle Jugendlichen ermöglichen" ist mir sehr wichtig.
□ Ich bin an bestimmten Thementischen interessiert gewesen. Bitte nennen Sie uns Ihre Thementische:

1. .....
2. .....
3. .....

□ Ich bin an den einleitenden Referaten interessiert gewesen.
□ Ich wollte gezielt neue Kontakte knüpfen.
□ Ich bin interessiert, an der weiteren jugendpolitischen Entwicklung der Region mitzuwirken.
□ Andere Gründe waren mit wichtig, nämlich:

.....
.....
.....

2. Konnten Sie in der Konferenz Ihre eigenen Interessen und Anliegen einbringen?

Ja, vollständig	Ja, etwas	Nein, eher wenig	Nein, überhaupt nicht
□	□	□	□

3. Wurde etwas, das Ihnen wichtig war, nicht berücksichtigt?

□ nein □ ja, nämlich:

.....

.....

.....

.....

4. Wie beurteilen Sie die methodische Durchführung der Konferenz

(Bitte kreuzen Sie alle Antworten an, die zutreffen.)

□ Ich konnte mich so beteiligen, wie ich wollte.
□ Durch die Anlage der Konferenz wurden Kommunikation und Kontakt unter den Teilnehmenden gefördert.
□ Die im Programm genannten Ziele konnten auf diesem Weg erarbeitet werden.
□ Das Entwickeln neuer Ideen wurde dadurch gefördert.

5. Hat die Konferenz Sie motiviert, sich verstärkt in Ihrem Bereich für die Förderung grenzüberschreitender Mobilität einzusetzen?

□ ja □ nein, aus folgenden Gründen:

.....

.....

.....

.....

.....

Bitte nutzen Sie diesen Platz, wenn Sie uns weitere Einschätzungen und Anregungen zum Modellprojekt „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen" zukommen lassen wollen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!